

20 Jahre später

**Die friedliche Revolution
und ihre Ergebnisse**

- von Aufschwung bis
Stagnation -

Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum
Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ)
Köpenicker Straße 125, 10179 Berlin

Telefon: 030 / 28 30 55 60
Fax: 030/ 28 30 55 61
E-Mail: Post@sfz-ev.de

20 Jahre später - Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse
- von Aufschwung bis Stagnation -

herausgegeben vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.

Titelgestaltung: Reinhard Liebscher
Gestaltung und Bearbeitung: Heidemarie Wille
technische Mitarbeit: Johanna Kühne
Hanne-Lore Sengpiel

Druck: City-Print Gera

Alle Rechte vorbehalten

20 Jahre später

**Die friedliche Revolution
und ihre Ergebnisse**

- von Aufschwung bis Stagnation -

1989 bis 2009

Neue Bundesländer

Meinungen und Fakten

Gunnar Winkler

Bernau - November 2009

Gliederung

Vorbemerkungen	7
1. Zufrieden und voller Hoffnungen!?	12
1.1 Zwischen Angleichung und Stagnation	12
1.2 Allgemeine Lebenszufriedenheit	17
1.3 1989/1990 - Aufbruch in eine neue Zukunft	25
1.4 20 Jahre friedliche Revolution - die Sicht der Bürger von heute	40
1.5 Hoffnungen und Befürchtungen - 1990 bis 2009	57
1.5.1 Hoffnungen-Befürchtungen - zwischen Euphorie und Sozialreformen	57
1.5.2 Sorgen - Ängste sowie Erwartungen an Verbesserungen/Verschlechterungen	61
2. Wirtschaftliche Lage - wirtschaftliche Integration 1989 bis 2009	66
2.1 Zur wirtschaftlichen Situation 1989	66
2.2. Bewertung der wirtschaftlichen Lage seit 1990 nach raschen Zugewinnen seit Wirken der Sozialreformen deutlich verschlechtert	72
2.3 Bedürfnisbefriedigung	77
2.4 Einkommensentwicklungen und -angleichung	79
2.5 Wirtschaftliche Integration	88
2.5.1 Neue Wirtschaftsstrukturen	88
2.5.2 Volkswirtschaftliche Ergebnisse 1990 bis 2008 - Ostdeutschland	93
2.6 Verbrauch/Ausstattung steigend	95
2.7 Hohe, zunehmende Vermögensunterschiede Ost-West	100
2.8 Armut	107
3. Erwerbstätigkeit - Arbeitsmarkt	116
3.1 Erwerbstätigkeit	116
3.2 Arbeitslosigkeit	128
3.3 Die Knackpunkte: Hartz IV und Rente mit 67	131
3.4 Ost-West-Wanderung - Abstimmung mit den Füßen	136
4. Wohnen - Infrastruktur - Umwelt	142
4.1 Wohnbedingungen	142
4.2 Infrastruktur	150
4.3 Umwelt	156
4.3.1 Umweltsituation 1989	156
4.3.2 Umweltsituation nach 1990	161

5.	Kulturelle Integration	165
5.1	Alltagskultur	167
5.2	Grundwerte	172
5.3	Stabilität in den übernommenen (überkommenen?) Wertestrukturen	178
5.4	Vom Gleichstellungsvorsprung zum Gleichstellungsrückstand?	182
5.5	Religiöse Bindungen	189
5.6	Multikulturell - Verhalten zu Ausländern	194
6.	Soziale Integration	199
6.1	Sozialunion	199
6.2	Zufriedenheit und Erwartungen an soziale Sicherheit im Zeitraum 1990 bis 2009	204
6.3	Sozialreformen ohne Ende	206
6.4	Subjektive Schichteinstufung	214
6.5	Soziale Aufstiege - soziale Abstiege - soziales Klima	218
7.	Politische Integration	224
7.1	Demokratischer Aufbruch mit abnehmender Bürgerzufriedenheit	224
7.2	Wahlen reichen nicht	228
7.3	Bürgerschaftliches Engagement	234
7.4	Parteien	241
	Exkurs: Rechtsextremismus	246
	Exkurs: Umsiedlung - Flucht - Vertreibung	250
7.5	Institutionenvertrauen	253
8.	Ostidentität	256
8.1	Die neuen Bundesbürger	256
8.2	Ostdeutschland, eine geografisch erkennbare Region	260
8.3	Regionale Verbundenheit der Ostdeutschen	266
8.4	Gefühlte "Systemakzeptanz"	267
8.5	Einheit - Gewinne und Verluste	271
	Nachbemerkungen: Zwischen Vergangenheit und Zukunft	278
	Literatur	283
	Abbildungsverzeichnis	291
	Tabellenverzeichnis	295

Vorbemerkungen

Als am 9. November 1989 im Ergebnis der freiheitlich-demokratischen Aktionen großer Teile der DDR-Bürger die Mauer von "Ost nach West" eingedrückt wurde, begaben sich zwei Tage später Mitarbeiter des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR an die geöffneten Grenzübergänge, um diejenigen nach ihren Befindlichkeiten zu befragen, welche die Öffnung der Grenze bewirkt hatten und besuchsweise für wenige Stunden "nach drüben" gingen, um Luft und Leben in Freiheit zu beschnuppern.

Im Januar 1990 fand die erste flächendeckende repräsentative soziawissenschaftliche Erhebung zum "Leben in der DDR" statt, welche - da seitdem jährlich fortgesetzt - eine einmalige Datenbasis der Bewertung der Bürger der neuen Bundesländer zu den erreichten Veränderungen im Verlauf von zwanzig Jahren darstellt. Im Mai 1990 wurde mit einer nicht voraussehbaren Resonanz der erste "Sozialreport 1990 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR" zeitgleich im Osten und Westen Deutschlands veröffentlicht¹, wenig später der erste und letzte "Frauenreport" sowie der "Altenreport" der DDR. Erstmals wurde damit jeweils vorhandenes statistisches und soziologisches Material zusammengeführt und zu einer Sozialberichterstattung der letzten Jahre der DDR zusammengeführt. Nach Abwicklung des Akademieinstituts gründeten Ost- und Westwissenschaftler das "Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.", das seitdem jährlich eine repräsentative Umfrage durchführt - inzwischen mit rd. 29.000 Befragten in 20 Wellen. So entstanden jährlich erscheinende Publikationen, wie der "Sozialreport" und der "Seniorenreport" - Berichte zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, welche als "der wichtigste ostdeutsche Beitrag zur Sozialberichterstattung"² gewertet werden.

Sie dokumentieren aufgrund der von den Bürgern getroffenen Aussagen, dass 20 Jahre friedliche Revolution eine Erfolgsgeschichte in mehrfacher Hinsicht sind: Es ist der von den Bürgern bedeutendste freiheitlich-demokratischste und friedliche Aufstand zur Auflösung eines sich selbst zunehmend delegitimierenden Staatswesens in Deutschland, es ist die kurze Zeit umfassender demokratischer millionenfacher Mitwirkung zur Neugestaltung eines Staates - z.B. in Form der Runden Tische -, bei der zu lösende Sachfragen und nicht Machtinteressen von Parteien oder Politikern im Mittelpunkt standen, und es ist eine historisch einmalige Leistung der Bürger der neuen Bundesländer, die geforderte ökonomische, soziale und rechtliche Neugestaltung - aufgrund der Übernahme eines völlig andersartigen politischen und ökonomischen Systems - durch hohe individuelle Anpassungsleistungen erreicht zu

¹ Vgl. Sozialreport DDR 1990: Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR (Hrsg.: G. Winkler), Verlag Die Wirtschaft/Verlag Bonn Aktuell, Berlin, Stuttgart/München/Landsberg 1990.

² Zapf, Wolfgang: Wie kann man die deutsche Vereinigung bilanzieren?, in: Demokratie und Partizipation (Hrsg.: O. Niedermeier/B. Westle), Westdeutscher Verlag, Opladen 2000, S. 161.

haben. Das schließt zugleich für einen nicht unbedeutenden Teil der Bürger nicht nur Vereinigungsgewinne, sondern auch -verluste ein - insbesondere durch Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und begrenzte Mitwirkungsrechte.

Über den 20-jährigen Zeitraum gesehen ist festzustellen:

- Der deutsche Vereinigungsprozess ist bezogen auf die ostdeutsche Bevölkerung ein Prozess der Integration in die Bundesrepublik Deutschland, der wirtschaftsstrukturelle, kulturelle, soziale, politische und identifikatorische Integration einschließt. Es ist die Verbindung "zu einer gesellschaftlichen 'Einheit' - bei Ausnutzung und Akzeptanz von kulturellen Verschiedenheiten"³.
- Die seitdem entstandenen Probleme der Integration resultieren nicht vorrangig aus unterschiedlichen Identitäten, Denk- und Verhaltensweisen, sondern aus der realen ökonomischen Situation, die insbesondere im Osten Deutschlands zu Verwerfungen in der wirtschaftlichen Entwicklung und zu einer Ausgrenzung von großen Teilen von Bürgern aus dem Erwerbsleben geführt hat - mit den bekannten Auswirkungen auf die sozialen Leistungssysteme.
- Die kulturelle Integration - bezogen auf Wertestrukturen, Alltagskultur, unterschiedliche Teilkulturen bis zu weltanschaulichen Unterschieden - ist aufgrund der territorialen Bindung der Teilgesellschaften als ein langfristiger Prozess zu verstehen, der nicht nur vordergründig Angleichung, sondern gleichermaßen Akzeptanz des "Andersdenkenden" erfordert.

Auch 20 Jahre nach der friedlichen Revolution und der dadurch ermöglichten Wiedervereinigung sind die Unterschiede zwischen Ost und West in Deutschland noch überall spürbar und werden je nach politischem Standort auf- oder abgewertet, stoßen auf Verständnis bzw. Unverständnis, werden für normal oder für kaum noch verständlich gehalten. Die Sozialreformen und damit verbundenen Debatten um die Neugestaltung des Sozialstaates haben den "sozialen Frieden" in Deutschland keineswegs verbessert.

Inzwischen ist die ursprüngliche soziale Zielstellung des Vereinigungsprozesses, die "Angleichung der Lebensverhältnisse" de facto aufgegeben und es werden - mit dem Argument regionaler Produktivitätsunterschiede - Ungleichheiten in den ökonomischen, Einkommens-, Vermögens- und Lebensverhältnissen insgesamt als "normal" und "gerechtfertigt" begründet. Inzwischen ist - durch Grundgesetzänderung - die Schaffung "gleichwertiger" Lebensverhältnisse als neue Zielmarke definiert. Damit wird aber auch deutlich, dass das für die innere Einheit bedeutsamste Problem nicht die noch nicht erreichte Angleichung materieller Lebensverhältnisse, sondern die noch nicht vollständig vollzogene Integration - im Sinne der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürger der neuen Bundesländer in die Bundesrepublik darstellt. Das was Ost und West trennt, sind Unterschiede, die mehr beinhalten als Einkommen oder Vermögen, sondern sozio-kulturelle Unterschiede,

³ Vgl. hierzu: Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel", Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11460 vom 5.10.1998, S. 380.

welche aus Vergangenheit und Gegenwart resultieren. Niemand im Osten will und erwartet "Geschenke", sondern Gleichbehandlung, welche ein auf eigener Leistung und gleichwertigen Zugangsbedingungen geführtes Leben ermöglicht.

Es erweist sich, dass die Einheit bis in die Gegenwart das Unterschiedliche, das Anderssein und Andersdenken einschließt, und alle Bemühungen, eine Angleichung um jeden Preis zu beschwören, ignorieren die unterschiedlichen Lebensbiografien und Sozialisierungen ebenso wie die Realitäten keineswegs immer gerechtfertigter unterschiedlicher Lebensverhältnisse. Solange kritische Systemakzeptanz nicht als politische Bedrohung verstanden oder diskriminierend "etikettiert" wird, sondern als Bedingung, um Politikkonzeptionen auf Reformbedürftigkeit und Mitwirkungsmöglichkeiten zu prüfen, muss niemand um den Bestand der Demokratie fürchten.

Sich eine systemkritische Sicht beibehalten zu haben (was nicht identisch ist mit System ablehnender Haltung), ist ohne Zweifel (noch) ein Vorzug ostdeutscher Denk- und Verhaltensmuster. Das schließt den kritischen Vergleich zum vorangegangenen System - einschließlich der eigenen Haltung zu und in diesem System - ebenso ein wie zur Bundesrepublik Deutschland oder zu den osteuropäischen Nachbarn. Insofern sollen die in den nachfolgenden Abschnitten dargelegten Auffassungen eher dazu anregen als ein angeblich existierendes Bild des "Ostfrustes" zu belegen und als gerechtfertigt zu begründen.

Die vorliegende Ausarbeitung ist bemüht, "objektive" statistische Daten zu den einzelnen Sachgebieten mit der Darstellung subjektiver Reflexionen der Bürger zu verbinden, da sich das Denken und Handeln nicht neben und unabhängig von den sich objektiv vollziehenden - auch statistisch ausgewiesenen - Prozessen vollzieht. Zugleich sollte weitgehend eine Beschreibung der sozialen Situation erreicht werden, die alle Lebensbereiche erfasst und weder arbeits- noch einkommenszentriert ist. Deshalb werden neben subjektiven Befindlichkeiten und Bewertungen zur Zufriedenheit und wirtschaftlichen Situation auch Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, beim Wohnen, bei der kulturellen Integration, der Einkommenszufriedenheit, der demokratischen Mitbestimmung, der Bewertung der Sozialreformen und Vereinigungsergebnisse aus Sicht der Bürger dargestellt.

Die in der Ausarbeitung zusammengeführten Ergebnisse belegen aber auch,

- dass die in den neuen Bundesländern seit 1990 erreichten und anerkannten Veränderungen in den Lebensverhältnissen immer noch in zwei Teilgesellschaften Deutschlands vollzogen werden - auch wenn manche meinen, dass es "den Osten" nicht mehr gäbe. Sich unterscheidende Parallelstrukturen (Wirtschafts-, Eigentums- und Betriebsgrößenstrukturen, Arbeitslosigkeitsniveau, Einkommens- und Vermögensstrukturen) haben erst nach 1990 zu einer eigenständigen Ost-Identität geführt, die ihre Wurzeln nicht vorrangig in der gemeinsamen Vergangenheit, sondern der flächendeckenden Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern hat. Sie ist Resultat der ökonomischen und sozialen Entwicklung seit 1990 unter den spezifischen Bedingungen eines vollzogenen, in seinen Auswirkungen jedoch nicht in allen Bereichen vollständig beherrsch-

ten Systemwechsels und damit nicht hinreichend gestalteter Rahmenbedingungen wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Integration.

Trotz erfolgter Verbesserungen in vielen Lebensbereichen führt die nach wie vor nicht erfolgte Angleichung der Lebensverhältnisse zu dem Gefühl der kollektiven Abwertung erbrachter Lebensarbeitsleistung und nicht gerechtfertigter Ungleichbehandlung bei großen Teilen der Bürger, verbunden mit dem Gefühl, nicht nur in einer "Sonderregion" zu leben, sondern als zweitklassig behandelt zu werden.

- Die subjektiven Befindlichkeiten der Bürger der neuen Länder sind zugleich charakterisiert durch eine zunehmend hohe Zukunftsverunsicherung und sich - im Vergleich zu den ersten Jahren nach der Vereinigung - deutlich verschlechternde Bewertungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage sowie der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Sinkende Zufriedenheiten sind - zumindest im Osten - nicht Ausdruck inzwischen gewachsener, aber nicht befriedigter Ansprüche, sondern reflektieren reale soziale Zukunftsverunsicherungen im Ergebnis einer umfassenden Politik von sog. "Sozialreformen".
- Während einerseits die Mehrheit der Bürger unverkennbare und spürbare Verbesserungen der Lebensverhältnisse - die in vielen Bereichen bis heute ihre Wirkung keinesfalls verloren haben - anerkennt, zeichnet sich andererseits in den letzten Jahren mit zunehmender Deutlichkeit ab, dass die Bürger der neuen Bundesländer an den Ergebnissen der Einheit zum Teil in sehr unterschiedlichem Maße partizipieren - insbesondere durch die gegebenen/nicht gegebenen Möglichkeiten der Teilnahme am Erwerbsleben und die Veränderungen in ökonomischen Strukturen welche Chancengleichheit in hohem Maße begrenzen. Die Reformen, die in Ost und West gleichermaßen realisiert werden, wirken in den neuen Bundesländern verstärkend auf Ungleichheiten (innerhalb der neuen Bundesländer und zu den alten Bundesländern). Insbesondere der Gleichstellungsvorsprung von Frauen gegenüber ihren Geschlechtsgenossinnen im Westen - vor allem resultierend aus der hohen Erwerbsbeteiligung und besseren Vereinbarkeitsbedingungen für Familien - ist inzwischen - bei weiterhin höherer Erwerbsorientierung - fast aufgezehrt.
- Die Gesamtheit der Lebensumstände prägen in nicht unbedeutendem Umfang eine "Abstimmung mit den Füßen" d.h. von Abwanderungen - vor allem junger Frauen -, die inzwischen den Bevölkerungsrückgang, die "Entleerung ländlicher Regionen sowie eine rasche Alterung in den neuen Bundesländern beeinflussen.
- Mit den Ereignissen im Herbst 1989 begann eine Zeit, in der in den heutigen neuen Bundesländern in einem bis dahin nicht bekannten und später auch nicht wiederkehrenden Maße zahlreiche Bürger unterschiedlicher sozialer Gruppen ihre Interessen artikulierten und auf demokratische Art und Weise in gesellschaftspolitische Debatten und Entscheidungsprozesse einbrachten. Aus diesen

Erfahrungen bildeten sich zugleich bis dato unbekannte Erwartungshaltungen heraus, die auf progressive Reformen und Veränderungen abzielten. Diese Ansprüche wirken bis heute nach und bestimmen die Vorstellungen der Ostdeutschen von Demokratie und politischem Einfluss. Der nach wie vor existierende Rückzug in eine "Zuschauerdemokratie", die sich auf reine Beobachter- und Kritikerpositionen begrenzt, der es weitgehend an Interessenartikulation, Konfliktaustragung und Nutzung von Chancen zur aktiveren Gestaltung der Verhältnisse mangelt, hält weiter an.

Trotz kritischer Positionen vieler ist unbestritten, dass die deutsche Vereinigung in den neuen Bundesländern für die Mehrheit der Bürger in vielen Lebensbereichen Zugewinne gebracht hat ebenso wie für nicht unbedeutende Teile der Bevölkerung Verluste insbesondere im Bereich Arbeit unverkennbar sind, dass sich jedoch das Tempo der Entwicklung der Lebensverhältnisse rasch verlangsamte und zunehmend rückläufige Entwicklungen und Stagnation erkennen lassen. Nach wie vor gilt, dass sich die Ostdeutschen nicht in Gewinner und Verlierer einteilen lassen, sondern dass bei jedem Gewinne und Verluste - wenn auch in unterschiedlichen Dimensionen - auftreten.⁴

Vieles wurde erreicht, alles bei weitem nicht, der "subjektive Faktor" hat mit dem Tempo des institutionellen Transfers nicht Schritt gehalten, sondern erweist sich als "eigenständige Größe", die sich nicht einfach anpasst und die erst (zu) spät in den politischen Betrachtungen eine Rolle spielte.

Alles in allem bringen die vorgenommenen Bewertungen - wenn auch in unterschiedlichem Maße - zum Ausdruck, dass die soziale Stabilität langfristig gefährdet werden kann, wenn der - von den Bürgern akzeptierte - Umbau des Sozialstaates nicht als notwendige Umgestaltung für alle, sondern als Angriff auf Lebensstandard und Lebensqualität für die Mehrheit zu Gunsten von Minderheiten in Wirtschaft und Politik empfunden wird. Gesellschaftliche Entwicklung muss im erforderlichen Maße den sozialen Frieden sicherer machen.

⁴ Vgl. Sozialreport 1995: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (hrsg. vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum durch G. Winkler), Berlin 1995, S. 24.

1 Zufrieden und voller Hoffnungen!?

1.1 Zwischen Angleichung und Stagnation

Ausgelöst durch die demokratischen Aktionen im Herbst 1989 wurde in Deutschland "die Mauer von Ost nach West eingedrückt" (Thierse) und die Vereinigung mit all ihren überwiegend positiven, aber auch negativen Wirkungen für das Leben der Menschen vollzogen. Die Bürger der neuen Länder erlebten neue Freiheiten und neue Verunsicherungen, die Lebensverhältnisse verbesserten sich für Viele und wurden ungleicher für Alle. Die vergangenen zwanzig Jahre brachten für die Mehrheit der Bürger der neuen Bundesländer tiefe Einschnitte in ihrem Leben mit sich.

Im Umfeld des 20. Jahrestages des Mauerfalls bis zum Oktober 2010 wird es eine Vielzahl von Berichten und Studien geben, welche die erfolgten Veränderungen seit 1990 darstellen und bewerten. Dabei werden die Fakten, welche reale positive Veränderungen zum Ausdruck bringen, unumstritten sein. Aber es werden sich auch Darstellungen gegenüber stehen, die einerseits alles, was bis 1989 geschah, vorwiegend nur unter dem Blickwinkel getanenen Unrechts darstellen, während andererseits sich die Mehrheit der Bürger auf den gelebten Alltag mit seinen Unvergesslichkeiten ebenso wie auf seine Begrenzungen konzentriert.

Die Ergebnisse der Veränderungen seit 1989 werden bis in die Gegenwart offiziell mehr als verwirklichte politische Vereinigung sowie Wirtschaftsunion dargestellt und weniger als positiv-kritische Bestandsaufnahme der Sozialunion. Die Daten von 2008/2009 werden eher mit 1991 (der Talsohle der wirtschaftlichen Veränderungen) als mit 1989 verglichen werden und damit den "Angleichungsprozess" beschönigen, da der Wirtschaftscrash (1990) außer Acht gelassen wird. Das, was die Bürger seinerzeit wollten und dachten und in welchem Maße sie es als erfüllt/nicht erfüllt betrachten, findet nur wenig Beachtung.

Die Entwicklung in den neuen Ländern wird zu oft fast ausschließlich aus wirtschaftlichen Aspekten bewertet - wie im jüngsten Bericht zum Stand der Deutschen Einheit¹ -, in dem selbst im Abschnitt "Soziale Einheit vollenden" damit einerseits die Einheit als noch nicht vollendet anerkannt wird, aber andererseits nur auf eine arbeitsmarktorientierte Sozialpolitik und nicht auf soziale Erfordernisse der Wirtschaftspolitik eingegangen wird. Eine keineswegs unbekannte Denkstruktur, welche Soziales ausschließlich als Folge von Wirtschaft, aber nicht als deren Ausgangspunkt setzt. Eine nach wie vor zu oft einseitige Interpretation der Entwicklung in den neuen Ländern fordert bis in die Gegenwart immer wieder dazu heraus, aus der Ost-Perspektive eigenständige Veröffentlichungen über die erreichten Veränderungen vorzunehmen. Nicht um Tatsachen und Realitäten anzuzweifeln, sondern um den unterschiedlichen Betrachtungsweisen eine notwendige, spezifische und reale - die der Betroffenen - hinzuzufügen.

¹ Vgl. Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2009, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin, 10. Juni 2009.

Dabei wird offensichtlich, dass die Reflexion sozialer Entwicklungen für den Zeitraum 1990 bis 2009 im Wesentlichen vier unterschiedliche Phasen aufweist:

Angleichungsphase 1990 bis 1995

- Starker Zugewinn an sozialer Zufriedenheit - d.h. allgemeiner Lebenszufriedenheit, steigenden Hoffnungen und Zunahme positiver Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage beruhend auf den raschen, spürbaren Veränderungen des täglichen Lebens. Überwindung der Arbeitslosigkeit und noch nicht erreichte völlige Angleichung der Lebensverhältnisse werden als kurzzeitig zu überwindende Aufgaben angesehen.

Stabilisierungsphase 1996 bis 1999

- Relative Stabilisierung der sozialen Entwicklungen und erfolgten Bewertungen auf dem bis 1995 erreichten Niveau und damit verbundenen sinkenden Hoffnungen auf rasche Angleichung.

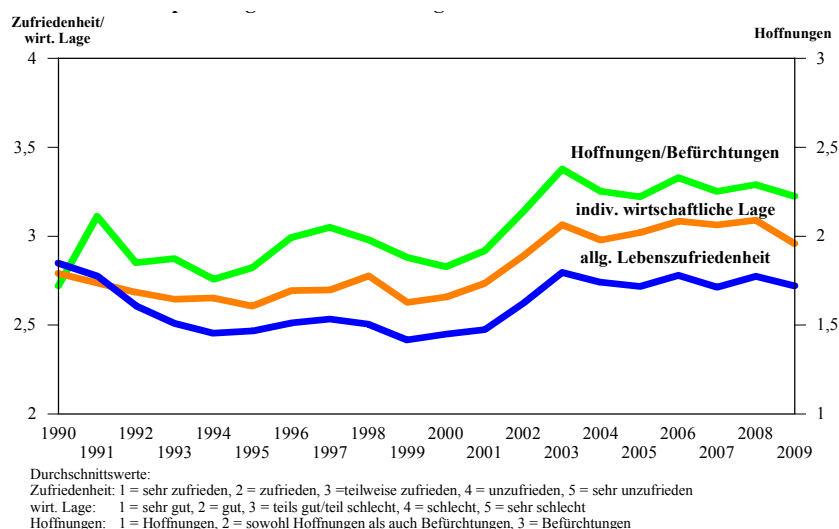
Abschwungphase 2000 bis 2003

- Im Zuge des von der rot-grünen Koalition in Gang gesetzten "Reformwerkes" (Agenda 2010, Gesundheits-, Renten-, Arbeitsmarktreformen) sowie der Euro-Umstellung erfolgt eine rasche Abnahme sozialer Zufriedenheit gepaart mit steigenden Befürchtungen auf die Zukunft.

Stagnationsphase seit 2004

- Nach 2003 folgen wechselnde, jeweils gering zunehmende bzw. abnehmende Bewertungen sozialer Entwicklungen mit einem insgesamt stagnierenden, zum Teil vorhandene Ungleichheiten erweiternden Angleichungsprozess.

Abbildung 1.1: Hauptaussagen zur sozialen Lage - Durchschnittswerte
- neue Bundesländer - 1990 bis 2009 -



Datenbasis: sfz/leben 1990-2009 (gew.)

Als 1990 im Ergebnis des Herbstes 1989 die Angleichung der Lebensverhältnisse bis 1996 im Einigungsvertrag fixiert wurde, ging sicher kaum jemand davon aus, dass 2009 nochmals eine Wegstrecke bis weit über 2020 hinaus ins Auge gefasst werden wird. Inzwischen erfolgte eine mehrfache öffentliche bzw. inoffizielle Korrektur des Einigungsvertrages bezüglich der Angleichung der Lebensverhältnisse. Der Wechsel der politischen Zielvorstellungen zur Angleichung der Lebensverhältnisse wird an Folgendem deutlich:

- 1990 galt die im Grundgesetz festgeschriebene Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse.
- Im Oktober 1994 wurde im Grundgesetz bezüglich des Gesetzgebungsrechtes des Bundes die Orientierung auf "Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" in "Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse" geändert². Auch der Bundespräsident erklärte, dass "gleichwertig" nicht einheitlich sei und Unterschiede nicht nur zulässig, sondern gewünscht seien³.
- Der Zeithorizont der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse wurde 2009 zeitlich und qualitativ verändert, indem festgestellt wird, dass es ein Erfolg wäre, "bis zum Jahr 2019 die ostdeutschen Länder auch wirtschaftlich an die strukturschwächeren westdeutschen Länder heranzuführen"⁴, d.h. die Angleichung ist dann erreicht, wenn das führende neue Bundesland das unterste Level in den alten Bundesländern erreicht hat.

Die Bundeskanzlerin meint, dass die deutsche Einheit "im Wesentlichen" bis 2030 vollendet sein könnte⁵. So wurden im Vorfeld der Wahlen und der Jahrestage bis 2010 weitere ergänzende Orientierungen vorgenommen, die letztlich nur die verschobene Angleichung auf spätere Jahre "ideologisch" vorbereiten sollen.

Bis in die Gegenwart scheint das gegenseitige Verständnis zwischen Ost und West nicht zuzunehmen, sondern eher immer geringer zu werden. Das gilt in besonderem Maße für die Generationen, deren Entwicklung weitgehend von ihrem Leben in der DDR bzw. in der Bundesrepublik zwischen 1950 bis 1990 geprägt bzw. mitgeprägt wurde. Nicht zuletzt im Ergebnis einseitiger Interpretationen des Lebens in der DDR seitens der Politik und eines Teils der Medien, der erfolgten Abwertung von Lebensbiografien vieler Bürger der neuen Länder und einer nach wie vor existenten Ungleichbehandlung in beiden Teilgesellschaften wurde noch keine hinreichende Integration der Menschen in die neue Gesellschaft erreicht. Die Identifikation mit der Bundesrepublik erfolgte nicht im vorgestellten Tempo und ist immer wieder Gegenstand westlicher Verständnislosigkeit.

Es hat nicht selten den Anschein, als wenn Ostdeutschen nach wie vor zwar das Recht eingeräumt wird, sich anerkennend zu den erfolgten Verbesserungen einer von ihnen eingeleiteten Entwicklung zu äußern, ihnen aber nicht das Recht zuge-

² Grundgesetzänderung Artikel 72 (2) vom 27.10.1994.

³ Köhler, Horst: Focus-Magazin 38/2004.

⁴ Vgl. Jahresbericht zur Deutschen Einheit 2009, a.a.O., S. 7.

⁵ Merkel, Angela auf dem Ost-Kongress der CDU, Dresden 10.10.2008.

standen wird, sich gleichzeitig kritisch zur Entwicklung der vergangenen Jahre zu artikulieren. Auch die Übernahme von Spitzenfunktionen in SPD und CDU durch Ostdeutsche sollte nicht überbewertet werden im Sinne der Akzeptanz des Ostens oder gar des Vordringens von "Ost-Eliten" in die Machtpositionen der Bundesrepublik. Es war eher die Suche nach Politikern, die nicht in die jahrzehntelangen Grabenkämpfe der Parteien in dieser oder jener Form eingebunden waren. Ob sie das eher dem Osten zugeschriebene soziale Verständnis und Verantwortungsbewusstsein einbringen, bleibt auch weiterhin abzuwarten.

Die Aussagen zu Erwartungen und Bewertungen der friedlichen Revolution werden im Nachfolgenden vor allem auf die heutigen Generationen ab 35. Lebensjahr bezogen. Das ist von besonderem Gewicht, da es sich um die Generationen handelt, welche sowohl nach 1945, in der Zeit von 1950 bis 1990 als auch seit der Wende 1990 in besonderem Maße von gesellschaftlichen Umbrüchen betroffen waren und sind. Es sind die Generationen, die seit dem Ende des 2. Weltkrieges enorme Leistungen für die Entwicklung der Lebensverhältnisse im Osten Deutschlands aufgebracht haben und - ohne erreichte Veränderungen zu negieren im Vergleich zu den alten Bundesländern - nach wie vor zum Teil ungleich behandelt werden. Es sind zugleich die Generationen, in denen sich seit 1990 differenzierende Entwicklungen in höherem Maße vollzogen als in anderen Bevölkerungsgruppen.

Nicht zuletzt wirkt der "demografische Wandel" auch auf zunehmende Begrenzungen hinsichtlich der Zahl der Bürger und deren soziale Struktur, welche Aussagen zur Zeit vor, während und nach dem Herbst 1989 aus eigenem Erleben beurteilen können. Die Bewertung der Ergebnisse der friedlichen Revolution auf der Grundlage der Aussagen von "Zeitzeugen" wird immer schwieriger, da inzwischen eine Generation verstorben (3 Millionen), eine, die nie in der DDR gelebt hat, nachgerückt ist (1,8 Millionen) und Millionen durch Ab- und Zuwanderung (3,4/1,6 Millionen) einen teilweisen Bevölkerungsaustausch vollzogen haben. Daraus folgt u.a.:

Nur noch rd. 60 % der in den neuen Ländern Lebenden sind aussagefähig zur Zeit vor und während des Herbstes 1989 aufgrund eigenen Erlebens. Jüngere übernehmen vor allem die Auffassungen ihrer Eltern zum Leben im Osten. Die Generationen, welche weitgehend die friedliche Revolution trugen, haben inzwischen das Renten- bzw. Vorrentenalter erreicht. Insofern bedarf es gewissermaßen einer unterschiedlichen Betrachtung einerseits bezogen auf die erfolgten Veränderungen insgesamt (als Rahmenbedingung für alle Altersgruppen) sowie andererseits die spezifische Sicht der Generationen, welche den Herbst 1989 miterlebten bzw. mitgestalteten und die Umstellungs- und Anpassungsprozesse bewältigten.

Eine eigenständige Forschung zu den neuen Bundesländern erscheint an sich nicht notwendig, da Ostdeutsche mit ihren Werten und Verhaltensweisen inzwischen schon fast "überforscht" sind und Ergebnisse in einer zum Teil sehr einseitigen, detaillierten Form vorliegen, wie es kaum für einen anderen Teil einer Wohnbevölkerung/eines Staatsvolkes/einer Nation bisher dargestellt werden konnte. Aus einer unendlichen Vielzahl von Feststellungen seien (fast) wahllos zitiert:

- Ihnen ist Reinlichkeit und Sauberkeit wichtiger als Freiheit und Unabhängigkeit (im Gegensatz zum Westen).⁶
- Ostdeutsche begrüßen und verabschieden sich anders, die korrekte Geschlechterbezeichnung ist ihnen weniger wichtig als Westdeutschen.⁷
- Die Menschen im Osten sehen sich pazifistischer, pessimistischer, passiver, paranoider.⁸
- In Ostberlin wird berlinerischer gesprochen als im Westteil, das sei Ausdruck des Widerstandes gegen das Sächsische und des "Drucks", Hochdeutsch reden zu müssen⁹ usw. usf.

Inzwischen gibt es eine mehrere Tausend Bücher und Studien umfassende Literatur zur Entwicklung der Ostdeutschen, ihren Lebensbedingungen und -verhältnissen, die sich mit Wertungen durch die Bürger der neuen Bundesländer und der Wertung der Aussagen der Bürger beschäftigt. Die Anzahl erfasster wissenschaftlicher empirischer Erhebungen, die sich u.a. mit den neuen Bundesländern befassen, liegt bei rd. 1.500 seit 1990 (GESIS).

Wenn im Nachfolgenden die Veränderungen von individuellen Bewertungen des erfolgten Wandels von Lebensverhältnissen und Lebenslagen dargestellt werden, so ist - bezogen auf die neuen Bundesländer - festzustellen:

ERSTENS: Die heutigen Lebenslagen der Bürger in den neuen Bundesländern sind das Ergebnis der lebenslangen Entwicklung des Einzelnen, d.h. sowohl Ergebnis des Lebens in einem anderen politischen, ökonomischen und sozialen System als auch und vor allem Ergebnis des sozialen Umbruchs seit 1990. Sie sind Ergebnis der Bewältigung/Nichtbewältigung des sozialen Wandels, Ergebnis unterschiedlicher, vom Einzelnen beeinflussbarer/nicht beeinflussbarer Chancen auf Mitgestaltung seiner Lebensbedingungen.

ZWEITENS ist der Anteil von Bürgern ab 35. Lebensjahr mit grundlegend veränderten/sich ändernden Erwerbs-, Berufs-, Einkommens-, Beziehungsstrukturen seit 1990 nahezu total. Der soziale Umbruch beruht auf den völlig unterschiedlichen Wirtschafts- und Erwerbsstrukturen, die im Ergebnis der Wirtschaftsunion hergestellt wurden/werden. Es muss nicht erneut betont werden, dass die veränderten Arbeitsverhältnisse und -bedingungen zu den radikalsten und vom Einzelnen am wenigsten beeinflussbaren Veränderungen gehörten/gehören.

DRITTENS: Differenzierte Lebenslagebewertungen durch den einzelnen Ostdeutschen messen sich keineswegs nur am Einkommen und an einem ohnehin geringfügigen Vermögen, sondern vor allem am Maß erreichter sozialer Sicherheit/Unsi-

⁶ Vgl. hierzu: Kritische Auseinandersetzung von Gensicke, Thomas: Die neuen Bundesbürger, Studie zur Sozialwissenschaft, Bd. 207, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 74.

⁷ Brähler, Elmar: Alltagskulturelle Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen, www.unileipzig.de/journalistik/scheinheit/alltagskultdiss.pdf

⁸ Brähler, Elmar/Richter, H.-E.: Deutsche - zehn Jahre nach der Wende, APuZ 45/99, S. 24 ff.

⁹ Institut für Deutsche Sprache lt. dpa vom 17.6.2009.

cherheit. Dabei ist soziale Sicherheit nicht allein zu verstehen als Leistungssystem in den Wechsel- und Notfällen des Lebens, sondern als Maß der Befriedigung sozialer Grundbedürfnisse des Menschen, die ihm ein menschenwürdiges Dasein und eine freie Entfaltung seiner Persönlichkeit ermöglichen. Soziale Sicherheit nimmt in der Wertestruktur der ab 18-jährigen Bürger der neuen Länder Rang 1 ein.

VIERTENS: Für eine Mehrheit der Bürger ist die spürbare Anhebung des Lebensniveaus verbunden mit zunehmender Differenzierung in den Lebenslagen, die durch Polarisierungen zur Herausbildung neuer - bisher in den neuen Bundesländern unbekannter - "Großgruppen" geführt hat, die unter Bedingungen leben, die der besonderen Unterstützung und Hilfe bedürfen und durch sinkende bzw. stagnierende Einkommen eine zunehmende Erhöhung des Armutspotenzials bedeuten.

Insgesamt sind die Entwicklungen in Ostdeutschland - vgl. Tabelle 1.1 - durch unterschiedliche - zum Teil gegensätzliche - Entwicklungen charakterisiert. Neben Bevölkerungsrückgang stehen Einkommenszuwächse (besonders bis 2000), neben steigender Lebenserwartung und verlängertem Senioren-dasein sinkende Rentenzahlbeträge der Neurentner, neben sinkenden Schülerzahlen ansteigende Haushaltsausstattungen. Wenn jedoch bilanziert wird, dann darf sich das nicht auf Wirtschaft und Einkommen begrenzen, sondern muss die seit 1989/90 bewirkten Aktivitäten, die den Vereinigungsprozess letztlich ermöglichten, ebenso wie die erfolgten Umstellungs- und Anpassungsprozesse einschließen. Die Ostdeutschen haben allen Grund, auf diese - ihre eigene Leistung - stolz zu sein.

1.2 Allgemeine Lebenszufriedenheit

Der Aussage: "Die beste Sicherheit eines Staates ist die Zufriedenheit seiner Bürger"¹⁰ kann man - zumindest innenpolitisch - bezogen auf die Entwicklung in der DDR bzw. den neuen Bundesländern zustimmen. Erst als in der DDR die Unzufriedenheit mit der Versorgung hochwertiger Konsumgüter und Dienstleistungen, mit der Begrenzung von Reise-, Presse- und persönlicher Freiheit, mit der fehlenden demokratischen Mitwirkung auf Bezirks- und Staatsebene deutlich zunahm, formierten sich Widerstand und öffentlicher Protest.

Die mit der friedlichen Revolution ausgelösten, zur Einheit führenden Entwicklungen (Wirtschafts-, Währungs-, Sozialunion) waren mit einem relativ raschen Anstieg der allgemeinen Lebenszufriedenheit und insgesamt einer positiven Bewertung seit 1990 verbunden.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit reflektiert in zusammenfassender Weise die Gesamtheit individueller Lebensbedingungen und Lebensumstände sowie die ihnen zugrunde liegenden sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen. Sie ist von den in der Vergangenheit erreichten Veränderungen des Einzelnen

¹⁰ Schorlemmer, Friedrich: Wohl dem, der Heimat hat, Aufbau Verlag, Berlin 2009, S. 69.

Tabelle 1.1: Ausgewählte statistische Daten - neue Bundesländer (ohne Berlin)
- 1989 bis 2008 -

	ME	1989*	1991	1995	2000	2005	2008
Einwohner	1000 Pers.	16.434	14.632	14.204	13.900	13.387	13.084
Erwerbstätige	1000 Pers.	9.747	6.795	6.058	5.907	5.609	5.787
Arbeitnehmer	1000 Pers.	9.560**	6.451	5.594	5.384	4.989	5.152
Arbeitslose (inkl. Ost-Berlin)	1000 Pers.	-	1.006	1.185	1.509	1.614	1.123
Arbeitslosenquote (abhängige zivile Erw.personen)	Prozent	-	10,2	14,8	18,5	20,6	14,7
SV-pflichtig Beschäftigte (inkl. Berlin)	1000 Pers.	7.974	6.679 1)	6.355	5.727	4.927	5.218
Wanderungssaldo	1000 Pers.	-383	-165	-32	-76	-49	-55 2)
Schüler an allgemeinbildenden Schulen	1000 Schüler	2.089	-	2.077	1.644	1.158	1.032 2)
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen/ Erwerbstätigen	Euro	21.052	15.785	34.509	39.712	46.136	50.040
Bruttolöhne/-gehälter je Arbeitnehmer	Euro	-	11.097	18.523	20.014	21.324	22.370
Altersrentenzahlbetrag (nur Neuzugang mit Abschlägen) (inkl. Berlin)	Euro	-	-	862 3)	755	753	742
verfügbares Einkommen der Haushalte/Einwohner	Euro	-	7.145	11.333	13.309	14.558	15.064 2)
private Konsumausgaben je Einwohner	Euro	-	6.618	10.136	12.256	13.247	13.773 2)
Sparquote	Prozent	-	7,4	10,6	8,2	9,5	9,3 2)
		1989	1993	1998	2003	2008	
Wohnungseigentum (inkl. Ost-Berlin)	Prozent	27	19,0	25,9	31,7	32,5	
Ausstattungsgrad (inkl. Ost-Berlin)	je 100 Haushalte						
PKW		57	66,2	70,6	71,9	73,3	
Fernsehgeräte			96,2	97,8	95,4	94,8	
Telefon (mobil)		24,6 4)5)	48,8 4)	10,8	70,1	86,1	
PC (inkl. Laptops/ Notebooks)		12 6)	16,3	33,9	57,2	71,5	

* inkl. Berlin-Ost

** abhängig Beschäftigte

1) 1992 2) 2007 3) 1997 4) stationär und mobil 5) je 100 Einw. 6) 1991

Quellen: VGRDL, Reihe 1 Länderergebnisse, Bd. 1/2/5, Wiesbaden 2009; Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt - Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Heft 1; DRV - Stat. Zeitreihen - 2008, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB); für 1989: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 325; vgl. Steiner, A.: Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. SBZ/DDR

und der Gesellschaft ebenso beeinflusst wie von nicht erreichten Zielen und den gegenwärtigen Zukunftserwartungen, sie schließt den Vergleich zum unmittelbaren Umfeld ebenso ein wie zu fernerer Bezugspersonen, sie erfasst eigene Lebenslagen ebenso wie sie von denen der Familie, der Kinder und Enkel nicht unabhängig erfolgt.

Das erreichte Maß an allgemeiner Lebenszufriedenheit in den neuen Bundesländern und seine Veränderung sind insofern nicht einfach als Ausdruck der "politischen Veränderungen" seit 1990 zu werten, ohne den Stellenwert der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Wohlbefinden des Einzelnen zu leugnen.

Nach wie vor ist die getroffene Feststellung gültig, dass Besonderheiten der Evaluierung von Lebensverhältnissen durch Frauen und Männer in den neuen Bundesländern in Folgendem bestehen:¹¹

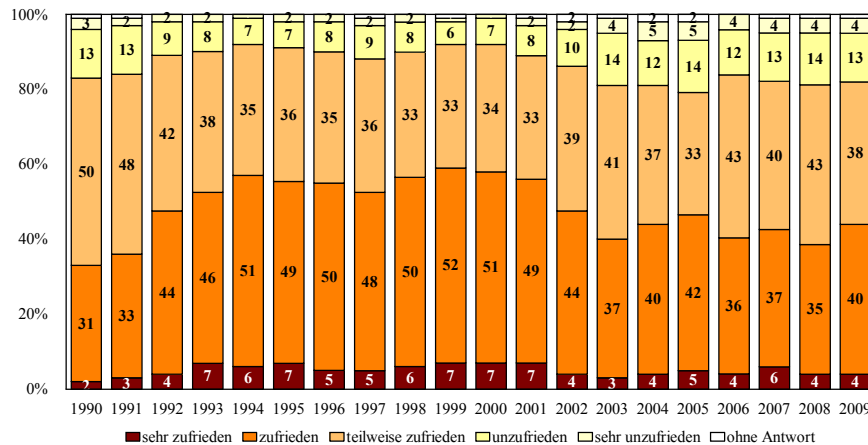
- a) Die allgemeinen Lebenszufriedenheiten in Ostdeutschland werden inzwischen von den Erfahrungen aus fast 20 Jahren Bundesrepublik sowie bei einem abnehmenden Teil der Bevölkerung aus rd. 40 Jahren DDR bzw. den gelebten Nachkriegs- und zum Teil Kriegsjahren beeinflusst. Gleichzeitig steigt der Anteil von Bürgern, welche die DDR nicht mehr aus eigenem Erleben kennen. Insgesamt wird jedoch die allgemeine Lebenszufriedenheit von Frauen und Männern in den neuen Bundesländern nach wie vor durch das *eigene Erleben* gegensätzlicher gesellschaftlicher Systeme geprägt.¹²
- b) Die Lebenszufriedenheiten von Bürgern in den neuen Bundesländern werden gleichermaßen durch sich zunehmend angleichende, aber auch noch vorhandene, zum Teil auch zunehmende ungleiche Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland charakterisiert. Die 1989/90 vorhandenen hohen Erwartungshaltungen an Veränderungen in allen Lebensbereichen haben sich inzwischen modifiziert, sowohl aufgrund der realen positiven Veränderungen als auch der Erkenntnis der Nichtrealisierbarkeit von "Ideal"vorstellungen.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist in den neuen Bundesländern - nach einem raschen Anstieg zu Beginn der 90er Jahre - auf einem relativ hohen Niveau bis zur Jahrtausendwende stabil geblieben und erreichte 1999 mit 59 % "Zufriedenen" und nur 7 % "Unzufriedenen" den Höchstwert. 2000 beginnend sinkt die allgemeine Zufriedenheit und erreicht im Jahre 2008/2009 ihren Tiefpunkt - vergleichbar mit den Werten von 1991 (vgl. Abbildung 1.2).

¹¹ Winkler, Gunnar: Leben in Ostdeutschland - Integration und Identifikation, in: Sozialreport 1999: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: G. Winkler), Verlag am Turm, Berlin 1999, S. 76.

¹² Ebenda, S. 76/77.

Abbildung 1.2: Allgemeine Lebenszufriedenheit - neue Bundesländer
- 1990 bis 2009 - in Prozent* -



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

Datenbasis: sfz/leben 1990-2009 (gew.)

Im Jahre 2009 waren in den neuen Bundesländern 4 % mit ihrem Leben alles in allem sehr zufrieden, 40 % zufrieden, 38 % teilweise zufrieden, 13 % unzufrieden und 4 % sehr unzufrieden (1 % ohne Antwort). Insbesondere in den Jahren 2002 und 2003 traten deutliche "Zufriedenheitsverluste" in allen Bevölkerungsgruppen auf. Trotzdem gilt insgesamt: "Die" unzufriedenen Ostdeutschen gibt es nicht. Erreichten "Wohlstandsgewinnen" stehen in den letzten Jahren "Wohlstandsverluste" gegenüber (Arbeitsmarkt, Verlangsamung des Angleichungsprozesses, Sozialabbau u.a.). Bezogen auf die Entwicklung seit 1990 ist darüber hinaus charakteristisch und die Gesamtbewertung beeinflussend:

- eine relativ übereinstimmende Bewertung der allgemeinen Lebenszufriedenheit zwischen Frauen und Männern;
- deutliche Zufriedenheitsverluste bei den Altersgruppen der 50- bis 60-Jährigen zwischen 2000 und 2005 (Arbeitsmarktreform) und seit 2005 bei den Bürgern ab 60. Lebensjahr (Renten-/Gesundheitsreform);
- ein deutlicher Rückgang der Zufriedenheit bei Arbeitslosen/in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Tätigen mit Wirksamwerden der Arbeitsmarktreform (Hartz);
- überdurchschnittlich bessere Bewertungen bei Hochschulabsolventen und Bürgern mit hohem Familieneinkommen.

Tabelle 1.2: Zufriedenheitsbewertungen nach sozio-demografischen Gruppen im zeitlichen Vergleich - neue Bundesländer - 1990 bis 2009 - in Prozent - (nur Antworten: "sehr zufrieden"/"zufrieden")

	1990	1995	2000	2005	2009
insgesamt	33	56	58	46	44
Geschlecht					
weiblich	34	57	60	48	44
männlich	32	55	56	45	45
Alter					
18 bis 39 Jahre	26	54	58	41	43
40 bis 49 Jahre	21	52	48	37	39
50 bis 59 Jahre	41	51	54	39	36
60 Jahre u. älter	43	65	67	65	53
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	28	60	63	49	45
arb.marktpol.Maßn./arbeitslos	36	35	31	6	13

Datenbasis: sfz/leben 1990-2009 (gew.)

Beeinflussend sind insgesamt vor allem die erworbene und eingesetzte Qualifikation, der soziale/berufliche und familiäre Status sowie das damit verbundene Einkommen bzw. die vorhandenen Vermögenswerte (z.B. Wohneigentum). Die allgemeine Lebenszufriedenheit, die - wie bereits hervorgehoben - von der Gesamtheit der Lebensumstände beeinflusst wird, verweist jedoch in besonderem Maße darauf, dass (vgl. Tabelle 1.3)

- es einen engen Zusammenhang zwischen Zufriedenheit und sozialen Grundwerten gibt. Das betrifft im Besonderen auch die Zufriedenheit mit den Zukunftsaussichten sowie - jedoch mit Abstand - die Bewertung der Einkommenszufriedenheit. Zukunftssicherheit bzw. -verunsicherung sind prägend für die allgemeine Lebenszufriedenheit;
- die Lebenszufriedenheit zugleich stark korreliert mit der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation, die von den "sehr Zufriedenen" insgesamt mit gut (2,1) bewertet wird, im Gegensatz zu den "sehr Unzufriedenen", welche auch die wirtschaftliche Situation mit fast sehr schlecht (4,4) bewerten (hier ist jedoch die Differenz zwischen positiver und negativer Bewertung deutlich geringer als bei der Zukunftszufriedenheit).
Die individuellen Einkommensverhältnisse liegen bei den "sehr Zufriedenen" um über das Dreifache (1.726 Euro) höher als bei den "sehr Unzufriedenen" (533 Euro), beim bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen (Pro-Kopf-Einkommen entsprechend unterschiedlicher Bedarfsstruktur zwischen Erwachsenen, Alleinlebenden und Kindern/Jugendlichen) bei dem 3,5fachen.
- Auch hinsichtlich der Wohnverhältnisse reflektiert eine abnehmende Lebenszufriedenheit schlechtere Wohnbedingungen/-verhältnisse.

Bis in die Gegenwart werden Zufriedenheits- und Lebenslagebewertungen nicht nur von den sich differenzierenden Lebensverhältnissen beeinflusst, sondern darüber hinaus vor allem dadurch, dass sie als ungleich und ungerechtfertigt empfunden werden. Nach wie vor gilt die Aussage, dass Lebenslage- (im engeren Sinne) und Lebensverhältnisbewertungen aufgrund realer Ungleichbehandlung und vorhandener sozialer Verunsicherung auch zwischen den einzelnen sozialen Gruppen in den neuen Ländern immer mehr auseinanderdriften.

Tabelle 1.3: Allgemeine Zufriedenheit nach ausgewählten Indikatoren
- neue Bundesländer - 2009 - in Prozent -

Frage: "Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem - mit Ihrem Leben?"

	insgesamt	wirtschaftliche Lage	indiv. Nettoeinkomm.	Haushaltsnettoeink.	Anteil Wohneigentum	Wohnungsgröße	Zufriedenheit Gerechtigkeit	Zufriedenheit soziale Sicherh.	Zufriedenheit Lohn/Eink.	Zufriedenheit Zukunft
	%	D*	€	€/Kopf (gew.)	%	m ²	D*	D*	D*	D*
sehr zufrieden	4	2,1	1.726	1.725	47	92	3,4	2,4	3,0	2,1
zufrieden	40	2,5	1.131	1.334	39	84	3,7	2,9	3,4	2,5
teilweise zufrieden	38	3,1	953	1.077	39	79	4,2	3,4	4,1	3,2
unzufrieden	13	3,8	734	912	28	70	4,4	3,9	4,5	4,0
sehr unzufrieden	4	4,4	533	667	20	68	4,7	4,4	4,7	4,5
gesamt		2,9	1.014	1.137	36	80	4,0	3,2	3,8	3,1

* D = Durchschnitt jeweils auf einer 5er-Skala von 1 (bester Wert) bis 5 (schlechtester Wert)

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Die in der allgemeinen Lebenszufriedenheit gewissermaßen zusammengefasste Bewertung löst sich in eine hohe Differenziertheit bei einer Betrachtung nach einzelnen Lebensbereichen auf.

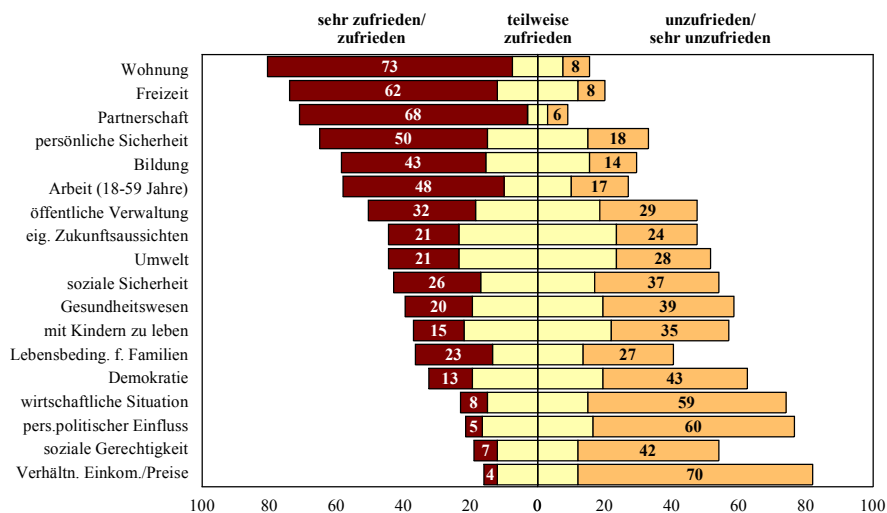
Nach einzelnen Lebensbereichen sind Zufriedenheiten und eingetretene Veränderungen - das belegen die Untersuchungen seit 1990 - übergreifend wie folgt zusammenfassbar:

- Bereiche, die der Einzelne eigenständig, (relativ) unabhängig von äußeren Einflüssen auf sein Leben gestaltet, wie z.B. Partnerbeziehungen oder das Wohnen sowie die Freizeit. Insgesamt erweisen sich diese Bereiche der Privatsphäre als stabiles Element der Zufriedenheit,¹³ die sich über Jahre durch ein hohes Zufriedenheitsmaß auszeichnen.

¹³ Winkler, Gunnar: Leben in Ostdeutschland, in: Sozialreport 1995, Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. durch G. Winkler), Berlin 1995.

- Bereiche von Lebensverhältnissen, in denen 1989/1990 die Menschen grundlegende Veränderungen erwarteten, die jedoch in unterschiedlichem Maße für den Einzelnen bzw. einzelne Gruppen eingetreten sind. Das betrifft insbesondere Umwelt, Einkommensentwicklung und Realisierungsmöglichkeiten sowie Bildung, aber auch die Demokratieentwicklung und den Bereich Arbeit, in denen vorhandene Unzufriedenheiten nicht/kaum abgebaut wurden bzw. sich neu aufbauten.
- Bereiche, in denen nach einem Anstieg bis Mitte der 90er Jahre ab 1998/1999 ein rapider Zufriedenheitsabfall erfolgte und bei denen von der Mehrheit der Bürger mit der Vereinigung keine Veränderungen angenommen wurden, sondern von einer (mehr oder weniger) kontinuierlichen Fortsetzung der Entwicklung ausgegangen wurde. Inzwischen sind die Gegensätzlichkeiten der sozialen Sicherung für den Einzelnen direkt erlebbar und für große Teile der Bevölkerung auch spürbar. Das betrifft insbesondere Unzufriedenheiten im Bereich des Gesundheitswesens und der Zukunftserwartungen, aber auch der wirtschaftlichen Situation im Lande. Im Gegensatz dazu wirken von der Koalition eingeleitete "Sozialpakete" (Kurzarbeit, Rentenerhöhung, teilweiser Schutz vor finanziellen Verlusten) auf die Zufriedenheitsbewertung positiv (z.B. soziale Sicherheit).

Abbildung 1.3: Zufriedenheit nach Lebensbereichen - neue Bundesländer
- 2009 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Die Abbildung 1.3 lässt die skizzierten Strukturen erkennen und belegt das hohe Maß an Differenzierungen nach einzelnen Lebensbereichen. Die in den zurückliegenden Jahren durchgeführten Analysen verweisen darauf, dass es bis Mitte der

90er Jahre aus Sicht der Erwerbspositionen drei sich in ihren Wertungen unterscheidende Gruppen gab: Erwerbstätige und Rentner/in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Tätige (ABM)/Arbeitslose. Insbesondere die in ABM und anderen Fördermaßnahmen Erfassten bildeten eine eigene Gruppe, die sich nicht nur in ihren Lebensbedingungen von den Arbeitslosen abhob, sondern vor allem in der Annahme auf Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt. Ab Mitte der 90er Jahre gleichen sich die Bewertungen zwischen Arbeitslosen und auf dem 2. Arbeitsmarkt Beschäftigten an, so dass sich seitdem Erwerbstätige und Rentner auf der einen Seite und Arbeitslose bzw. in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Tätige auf der anderen Seite gegenüberstehen. Insbesondere seit Realisierung der massiven Einschnitte in den Lebensstandard durch "Reformmaßnahmen" wirken auch bei Senioren seit Beginn des Jahrzehnts in einzelnen Bereichen insgesamt deutliche Zufriedenheitsverluste, die jedoch (noch) nicht auf die Gesamtbewertung durchschlagen.

Tabelle 1.4: Zufriedenheit nach Lebensbereichen - neue Bundesländer - 1990 bis 2009 - in Prozent - (nur Antworten: "sehr zufrieden"/"zufrieden")

	1990	1995	2000	2005	2009
Wohnung	63	74	82	78	73
Bildungsangebote	43	48	45	34	43
soziale Sicherheit	54	27	29	16	26
Arbeit (unt. 60 Jahren)	60	49	51	46	48
Freizeit	38	67	67	62	62
Gesundheitswesen	29	63	41	19	20
Umwelt	3	26	31	22	21
Einkommens-Preis-Verhältnis	2	11	14	5	8
mit Kindern leben (unt. 60 Jahren)	56	36	38	18	21
Demokratieentwicklung	8	18	15	7	13
persönlicher politischer Einfluss	12*	12	10	6	7

Datenbasis: sfz/leben 1990 bis 2009 (gew.)

1.3 1989/1990 - Aufbruch in eine neue Zukunft¹⁴

Ende 1989/Anfang 1990 stellen in der deutschen Geschichte nach 1945 die zweite grundlegende Zäsur dar. Die zunehmende Zahl von Bürgern, die ab September 1989 an den Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten teilnahmen, die wachsende Welle von Zuflucht Suchenden in Botschaften der BRD im Ausland, der sich vollziehende Politik- und Politikerwechsel in der SED, das rasche Erstarken demokratischer Bewegungen mit unterschiedlichen Zielen und Interessen und schließlich die Grenzöffnung als äußerer Anlass für den Prozess eines friedlichen Widerstandes gegen ein sich zunehmend diskreditierendes System - all das leitete im Osten Deutschlands eine Periode des demokratischen Aufbruchs ein, der erfolgreich und visionär, wenn auch von kurzer Dauer war. Die Entwicklung vollzog sich dabei keineswegs isoliert und unabhängig von den in Gang gesetzten Veränderungen in Osteuropa, maßgebend initiiert von M. Gorbatschow sowie den Aktivitäten in Polen und Ungarn. "Die friedliche Revolution", mit ihrer Gewaltlosigkeit, mit ihren 'Runden Tischen' auf allen Ebenen und ihrer Streitkultur ist und bleibt eine "Sternstunde der Demokratie" und bürgerschaftlichen Engagements auf deutschem Boden. Mit dem Herbst 1989 begann eine Zeit, in der in der DDR in einem bis dahin nicht bekannten und später auch nicht wiederkehrenden Maße von vielen Bürgern unterschiedlichster sozialer Gruppen Interessen artikuliert und auf demokratischem Wege eingebracht wurden, in der sich Erwartungshaltungen auf progressive Reformen und Veränderungen herausbildeten, die wenig später kaum Beachtung fanden. Bis in die Gegenwart werden - je nach politischem Standort - die Begriffe "friedliche Revolution", "Mauerfall", "Aufbruch", "Umbruch", "Wende", "Untergang" u.a.m. für den Prozess, der weit vor dem Herbst 1989 begonnen hatte und spätestens mit dem 3. Oktober 1990 endete, verwendet. Dabei ist "friedliche Revolution" dem Anliegen und Ergebnis am nahe kommenden, da sowohl die vormaligen Macht- und Herrschaftsstrukturen grundlegend verändert, neue politische, kulturelle und soziale Strukturen herausgebildet und ein völlig neues Rechtssystem übernommen wurde.¹⁵

Es war eine friedliche Revolution, die sicher von Reformern inspiriert, letztlich jedoch von den Massen getragen wurde. Es war Massenhandeln und kein staatliches Handeln - weder von Ost noch von West.¹⁶ Es wurde eine Diktatur beseitigt, die allerdings völlig anderer "Natur als die NS-Diktatur war und ... weit von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entfernt war."¹⁷

¹⁴ Der Beitrag stützt sich auf: Winkler, Gunnar: 1989/1990 - Aufbruch in eine erwünschte Zukunft - zwischen Hoffnungen und Befürchtungen - Empirische Daten der Wendezeit, in: St. Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR - zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Karl Dietz Verlag, Berlin 2004, S. 293 ff.

¹⁵ Vgl. hierzu Kowalzik, Ilko-Sascha: Die Revolution von 1989, in: vorgänge, Heft 1/2009, S. 5.

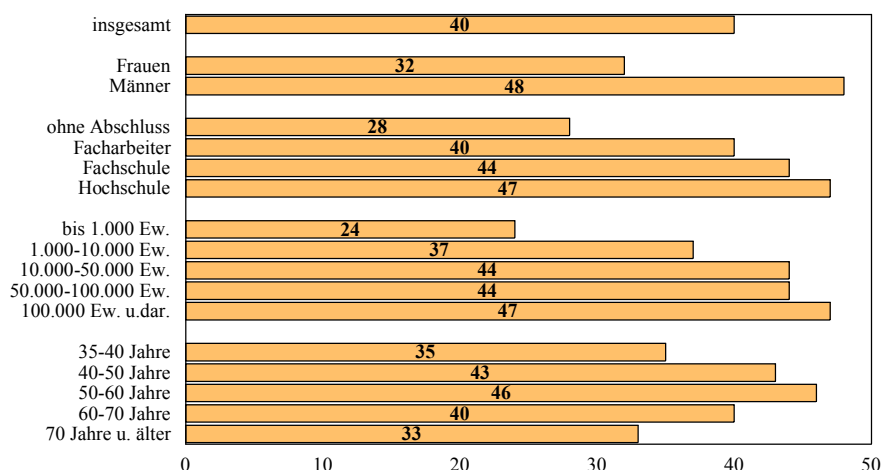
¹⁶ Ebenda, S. 9.

¹⁷ Faulenbach, Bernd: Was ist zwanzig Jahre danach zu feiern?, in: vorgänge, Heft 1/2009, S. 27.

In einer repräsentativen Umfrage Ende 1989¹⁸ gaben 36 % der Bürger an, in den vorangegangenen Monaten an Demonstrationen teilgenommen zu haben, mehrheitlich der Altersgruppen bis 60 Jahre. Die 2009 erhobenen Befunde bestätigen diese Aussage.

Von den Bürgern der neuen Länder, die heute 35 Jahre und älter sind, haben im Herbst 1989 nach eigenen Angaben 31 % aktiv an Demonstrationen/Protestaktionen der jeweiligen Gemeinde/Stadt teilgenommen, 23 % an Großdemonstrationen bzw. Zentralen Veranstaltungen (insbes. Einwohner in Großstädten wie Berlin/Leipzig usw.) und 14 % in ihren Betrieben. Nimmt man Mehrfachnennungen aus den getroffenen Aussagen heraus, ergibt sich, dass rd. 40 % der Bürger sich aktiv - in unterschiedlichen Formen - an genannten Protestaktionen bzw. an Aktivitäten von neu gegründeten Organisationen (5 %) oder "Runden Tischen" (7 %) beteiligten.

Abbildung 1.4: "Haben Sie 1989 an Demonstrationen/Protestaktionen teilgenommen?" (ab 35 Jahre) - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent - (nur Antwort: "ja")



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Die erhobenen Daten lassen erkennen, dass die Teilnahme an demokratischen Aktivitäten/Protestaktionen im Herbst 1989 (vgl. Abbildung 1.4)

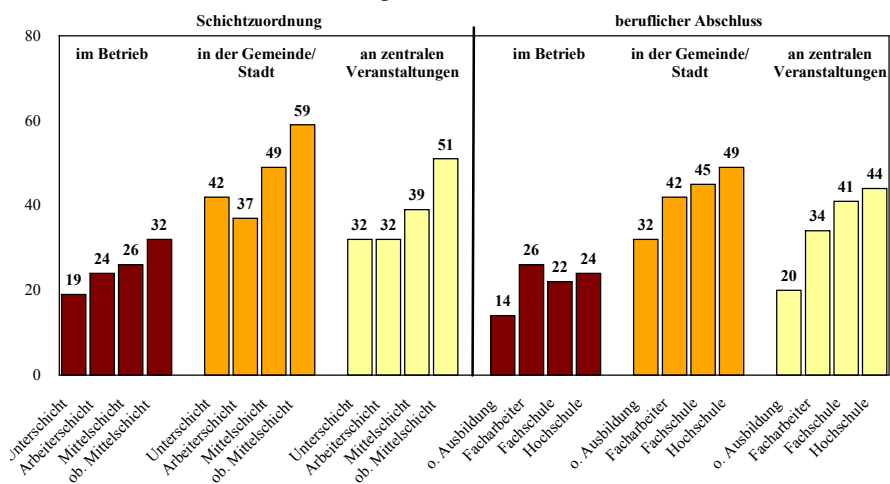
- stark an "höhere" berufliche Bildung gebunden war (47 % der Hochschulabsolventen),
- weniger von Bürgern in kleinen Gemeinden/Orten (24 %) als von in größeren Städten (44 %) bzw. Großstädten (47 %) lebenden Bürgern realisiert wurde,
- von Frauen in geringerem Maße öffentlich artikuliert wurde (32 %) als von Männern (48 %),
- insbesondere von den gegenwärtig 50- bis 60-Jährigen erfolgte.

¹⁸ Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR (ISS): Umfrage für den "Spiegel" (1. bis 6.12.1989).

Bezogen auf einzelne "Aktivitätsformen" lässt sich zusätzlich hervorheben (vgl. Abbildung 1.5):

- Betriebliche Aktivitäten vollzogen sich mit einer hohen "Homogenität" und konzentrierten sich überdurchschnittlich auf Facharbeiter.
- Bürger, die sich selbst als der oberen Mittelschicht zugehörig ausweisen, nahmen in deutlich höherem Maße teil als sich der "Unter-" bzw. Arbeiterschicht Zuordnende.

Abbildung 1.5: Teilnahme an demokratischen Aktivitäten/Protestaktionen in der DDR - Herbst 1989 - Teilnahme in Prozent - Bürger neue Bundesländer ab 35. Lebensjahr - 2009 - nach subjektiver Schichtzuordnung und beruflichem Abschluss -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Das alles hatte seine allgemeinen Ursachen nicht in der DDR, ohne spezielle Bedingungen zu leugnen, sondern war Teil des weltweiten Zusammenbruchs des sozialistischen Macht- und Wirtschaftssystems, führte jedoch auf dem Gebiet der DDR zu einer spezifischen Lösung - im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten des RGW bzw. Warschauer Paktes - in Form der politischen Vereinigung und der Übernahme der Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Ein Produkt der Entwicklungen im Herbst 1989 war, dass erstmalig ohne Genehmigungsprozeduren Sozialwissenschaftler sich ein Bild über die subjektiven Reflexionen dieses Prozesses in der Bevölkerung machen und sie in der Öffentlichkeit unzensuriert publizieren konnten.

Im Nachfolgenden werden vor allem die ersten empirischen Untersuchungen nach der Grenzöffnung und die ersten flächendeckenden repräsentativen Untersuchungen (Dezember 1989 und Januar 1990) sowie spezielle Untersuchungen des Früh-

jahrs 1990 durch das Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR (ISS) aufbereitet.¹⁹

Diese noch 1989 und Anfang 1990 durchgeführten Untersuchungen stellen einen unverzichtbaren Fundus darüber dar, was in diesem Zeitraum von Menschen in der DDR gedacht, empfunden und erwartet wurde. Sie reflektieren das Urteil von Zeitzeugen und sind keine nachträglichen Annahmen darüber, was andere (zum Teil auch was der Einzelne selber) seinerzeit gedacht haben (wollen und sollen).

Der Zeitraum 1989/1990 war nicht nur die Zeit eines von der Mehrheit gewünschten und herbeigeführten demokratischen Aufbruchs, sondern zugleich der Umbruch in den Vorstellungen vieler Bürger über die Art und Weise sowie den Weg zum Erreichen der gewollten Ziele.

Es war offensichtlich, dass bis Ende 1989 eine Mehrheit der Bürger der DDR davon ausging, die DDR zu reformieren. Noch im Dezember 1989 stellten 59 % der Befragten fest, dass ein gründlich reformiertes sozialistisches Wirtschaftssystem eine bessere Zukunft sichere als ein Wirtschaftssystem, das der Bundesrepublik ähnlich sei.

Dabei sah durchaus ein großer Teil längerfristig (innerhalb der nächsten 10 Jahre) eine politische Vereinigung als erforderlich/wünschenswert an, wenn auch vorrangig in der Form der Konföderation. Noch Anfang Dezember 1989 sprachen sich 40 % der befragten DDR-Bewohner langfristig für eine Konföderation, 20 % für einen gemeinsamen deutschen Staat und 24 % für zwei deutsche Staaten aus (16 % urteilten mit "ich weiß nicht").

Aber schon zu diesem Zeitpunkt äußerten sich Sympathisanten und Mitglieder der "Blockparteien" ebenso wie Angehörige/Mitglieder neuer politischer Bewegungen stärker für einen gemeinsamen deutschen Staat - gaben allerdings auch zunächst einer Konföderation den Vorzug (vgl. Tabelle 1.5).

Bereits im Dezember 1989 begann sich in der Bevölkerung ein rascher Wandel in Bezug auf künftige politische Strukturen abzuzeichnen. Waren Mitte November 1989 noch 84 % der befragten Bürger dafür, dass die DDR ein souveräner Staat bleiben solle, reduzierte sich dieser Anteil innerhalb von vier Wochen doch deutlich auf 24 %.

¹⁹ Befragungen des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik (ISS) 1989/1990:

<i>Datum</i>	<i>Titel</i>	<i>Ort</i>	<i>n</i>	<i>repräsentativ</i>
11.11.1989	Blitz 1	Grenzübergangsstellen Berlin und Stadtbezirke	618	nein
21.11.1989	Blitz 2	Ostberliner Stadtbezirke	490	nein
29.11.1989	Blitz 3	Ostberliner Stadtbezirke	271	nein
5.12.1989	Blitz 4	Ostberliner Stadtbezirke	457	nein
Dez. 1989	Pol. Organ.	Bürgerbewegungen in Berlin	585	nein
1.-6.12.1989	Leben '89	alle DDR-Bezirke ("Spiegel"-Auftrag)	1.037	ja
Januar 1990	Leben '90	DDR-Bezirke (ISS-Auftrag)	1.528	ja
Februar 1990	Wahlen '89	Berlin	338	ja
Mai 1990	Soz. Sicherheit	Länder DDR		ja
Dez. 1990	ISS/Plus	neue Bundesländer	1.028	ja

Tabelle 1.5: "Was wird in 20 Jahren mit DDR und BRD sein?"
- Dezember 1989 - in Prozent -

	gemeinsamer Staat	Konföderation	zwei souveräne Staaten	ich weiß nicht
insgesamt	20	40	24	16
Geschlecht				
weiblich	17	39	26	18
männlich	22	42	21	14
Alter				
unter 25 Jahre	16	39	31	14
25 bis 34 Jahre	15	45	26	14
35 bis 44 Jahre	20	43	22	15
45 bis 59 Jahre	20	44	24	12
60 Jahre und älter	24	33	19	24
Qualifikation				
ohne Abschluss	18	25	28	28
Facharbeiter/Meister	21	41	23	15
Fach-/Hochschule	17	54	20	9
Parteienpräferenz				
SED	7	41	35	17
Blockparteien	25	46	21	9
neue Bewegungen	26	51	14	9

Datenbasis: ISS/Leben '89 (gew.)

Dazu trugen nicht unmaßgeblich insbesondere die Positionen der neuen politischen Bewegungen bei, die vorrangig auf grundlegende Veränderungen - aber nicht im Rahmen eines kapitalistischen Systems - zielten. So hieß es im Aufruf der Initiatoren von Demokratie Jetzt: "Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß."²⁰ Der langjährige Bundestagsabgeordnete und ehemalige Erfurter Pfarrer Edelbert Richter, Mitbegründer des "Demokratischen Aufbruch", äußerte am 16. November 1989 in einem Interview: "Nicht nur das Wort sozialistisch, sondern auch bestimmte gesellschaftliche Prinzipien des Sozialismus haben für uns nach wie vor einen guten Klang."²¹

Wie auch immer die Grenzöffnung am 9.11.1989 letztlich zu Stande kam, sie führte zu einer "Verdrängung der Debatten über eine demokratisch-sozialistische Reformierung der DDR-Gesellschaft durch die Favorisierung der deutschen Frage im

²⁰ Die taz, DDR Journal zur Novemberrevolution, Frankfurt/M. 1989, S. 9.

²¹ Ebenda, S. 12.

öffentlichen Kommunikationsprozeß".²² Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig weist Ende November 1989 eine Zustimmung für die Vereinigung von 48 % aus und im Februar 1990 bereits 76 %. Damit waren die "Initiatoren und Inspiratoren des Aufbruchs ... nahezu an den Rand der öffentlichen Wahrnehmung gedrängt".²³

Während im Herbst 1989 die "Kluft zwischen Bürgerrechtlern und Bevölkerung öffentlich noch nicht erkennbar"²⁴ war, da sie als "Führer der Massenbewegung" und zum "Symbol des Widerstandes erhoben" wurden²⁵, wurde relativ schnell deutlich, dass sie sich sowohl gegenüber der Vereinigung zurückhielten als auch die ökonomischen Interessen der Bevölkerung unzureichend reflektierten. Die Bürgerbewegungen begannen den Ereignissen hinterherzulaufen.²⁶ Die politische Reformierung/Neuordnung ging an andere Kräfte über. "Dass die Bürgerbewegungen im kollektiven Gedächtnis der Deutschen heute nur noch als Fußnote eine Rolle spielen, hat ... mit ihrer eigenen Machtverweigerung mindestens ebenso viel zu tun wie mit der Weigerung der intellektuellen Eliten, die Ereignisse von 1989 als Freiheitsrevolution anzuerkennen."²⁷

Im Ergebnis des sich vollziehenden Umbruchs wurde zugleich ein viele Jahre anhaltendes Phänomen hervorgerufen: Die Parteien- und Bewegungsvielfalt führte nicht nur zu breiten Zustimmungen, sondern gleichermaßen zu Mehrfachsympathien gegenüber den verschiedensten Bewegungen und neuen wie alten Parteien. In Unkenntnis unterschiedlicher Programmatik bildeten/bilden sich bis in die Gegenwart nur in begrenztem Maße "Stammwähler" heraus. Die Chance von rasch wechselnden Wählerströmungen war zunächst und ist bis heute groß.

Auch in Bezug auf notwendige Wirtschaftsreformen gingen noch Ende 1989 rd. 57 % der Befragten davon aus, dass ein grundlegend reformiertes Wirtschaftssystem der DDR eine bessere Zukunft sichert als ein der sozialen Marktwirtschaft der BRD ähnliches System und dass es der DDR gelingen würde, wenn sie sich wirtschaftlich dem Westen öffne (71 %), in 5 bis 10 Jahren westlichen Lebensstandard zu erreichen. Auch hierbei gingen 85 % der SED-Mitglieder und 59 % der Mitglieder alter Blockparteien überdurchschnittlich von einer "Reformvariante" aus (vgl. Tabelle 1.6).

²² Wielgohs, Jan/Schulz, Marianne: Reformbewegung und Volksbewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beiträge zur Wochenzeitung "Das Parlament" B 16-17/90, S. 15.

²³ Ebenda.

²⁴ Pollack, D.: Was ist aus den Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen der DDR geworden? in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beiträge zur Wochenzeitung "Das Parlament" B 40-41/95, S. 36.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Probst, Lothar: Das verblichene Erbe der Bürgerbewegung, in: vorgänge, Heft 1/2009, S. 46.

Tabelle 1.6: "Welches Wirtschaftssystem sichert die bessere Zukunft?"
- Dezember 1989 - in Prozent -

	gründlich reformiertes sozialistisches Wirtschaftssystem	Wirtschaftssystem ähnlich BRD	ich weiß nicht/ ohne Antwort
insgesamt	57	40	3
Geschlecht			
weiblich	62	34	3
männlich	52	46	2
Alter			
unter 25 Jahren	57	37	6
25 bis 34 Jahre	59	40	2
35 bis 44 Jahre	60	37	4
45 bis 59 Jahre	61	38	1
60 Jahre und älter	51	46	3
Qualifikation			
ohne Abschluss	50	43	2
Facharbeiter/Meister	57	41	2
Fach-/Hochschule	65	34	1

Datenbasis: ISS/Leben '89 (gew.)

Ab Mitte Februar 1990 nahm die öffentliche Diskussion um die politische Vereinigung, die Wirtschafts- und Währungsunion deutlich zu. Es wurde für viele - nicht zuletzt aufgrund eigener Erfahrungen in der DDR - fragwürdig, ob eine sozialistische Partei oder ob den Sozialismus bejahende, Reformen anstrebende Parteien und Bewegungen die Gewähr für die von der Mehrheit gewünschten Veränderungen bringen würden.

Es kann davon ausgegangen werden, dass für den bis März 1990 erfolgenden Wechsel des Wählerpotenzials zur CDU neben dem o.g. Moment auch das DDR-traditionelle Denken eine Rolle spielte: Das was zu richten ist muss der Staat richten, weder die Opposition noch Bürgerbewegungen vermögen grundlegende Änderungen. Der gewünschte Staat - die Bundesrepublik - wurde mit der herrschenden CDU gleichgesetzt und als Garant für ein Leben mit hohem Lebensstandard, Demokratie, Freiheit des Einzelnen, richtiger Umweltpolitik u.v.a.m. gesehen. Ein Bild, das sich erst in den nachfolgenden Jahren für viele zum Teil wandeln sollte.

Im Februar 1990 äußerten bereits 72 % aller Befragten, dass sich die Mehrheit der DDR-Bürger die Einheit wünsche (22 % gingen davon aus, dass es "nur" rd. die Hälfte sei). Wie auch die Prozentsätze im Einzelnen aussehen mögen, die künftige Einheit hatte im Denken der Bürger zu diesem Zeitpunkt festen Platz ergriffen.

Von Anfang an nahmen Erkundungen danach, ob sich mit den neuen Entwicklungen eher Hoffnungen oder Befürchtungen verbinden, einen zentralen Platz in durchgeführten Bevölkerungsbefragungen ein.

Tabelle 1.7: Hoffnungen/Befürchtungen - November 1989 bis März 1990
- in Prozent -

	insgesamt	davon		davon					darunter		
		Frauen	Männer	unter 24 Jahren	24 bis 34 Jahre	35 bis 44 Jahre	45 bis 59 Jahre	60 Jahre u.ält.	Arbeiter	Ange-stellte	Intelligenz
<i>Blitz 1 (11.11.1989)</i>											
Hoffnungen	48	44	52	42	45	43	61	68	55	45	37
Befürchtungen	3	3	4	5	2	3	5	2	3	1	5
sowohl als auch	48	52	44	49	54	54	32	30	39	53	58
i.w.n./o.Antwort	1	2	1	5	1	1	2	-	3	1	-
<i>Blitz 2 (21.11.1989)</i>											
Hoffnungen	30	21	40	27	23	30	44	47	41	24	22
Befürchtungen	3	3	4	1	2	3	9	3	2	5	2
sowohl als auch	67	76	55	71	75	67	47	50	57	71	75
i.w.n./o.Antwort	0	-	0	1	-	-	-	-	1	-	-
<i>Blitz 3 (29.11.1989)</i>											
Hoffnungen	35	26	42	36	29	34	46				
Befürchtungen	6	8	5	2	7	10	4			nicht erfragt	
sowohl als auch	57	63	53	56	63	55	50				
i.w.n./o.Antwort	2	3	1	6	1	1	-				
<i>"Spiegel" '89 (Dec. 1989)</i>											
Hoffnungen	31	30	34	32	25	31	30	38	35	26	21
Befürchtungen	6	6	6	3	6	5	7	6	4	7	6
sowohl als auch	58	60	56	58	64	61	60	50	53	64	74
i.w.n./o.Antwort	4	4	5	7	5	2	3	7	8	3	-
<i>Wahlen '90 (Febr. 1990)</i>											
Hoffnungen	23	19	28	15	27	21	28	17	32	25	10
Befürchtungen	14	18	9	15	8	14	13	29	9	15	21
sowohl als auch	62	62	63	70	64	64	58	55	58	60	68
i.w.n./o.Antwort	1	2	-	-	2	-	2	-	2	1	-

Datenbasis: ISS/div. Untersuchungen November 1989 bis März 1990

Unabhängig von den unterschiedlichen Daten zu den einzelnen Zeitpunkten bleiben insgesamt folgende Aussagen:

- Das hohe Maß an Hoffnungen (48 % am 11.11.1989) - zunächst vor allem mit der Öffnung der Grenzen und des Einziehens innerdeutscher "Normalität" verbunden - machte relativ schnell einer "sowohl als auch"-Bewertung Platz.
- Vor allem jüngere und ältere Bürger versahen die Wende mit einem höheren Maß an Hoffnungen als die "mittleren Jahrgänge", ebenso wie Männer mehr von positiven Erwartungen ausgingen. Offensichtlich wirkten bei Jüngeren spezielle Felder persönlicher Freiheiten (Reisen, Kultur, Lebensvielfalt) wie bei Älteren spezifische Bereiche der Seniorenpolitik (Rentengestaltung und damit erreichbarer Lebensstandard).
- Deutlich hoben sich die Auffassungen der Arbeiter gegenüber den Angehörigen der Intelligenz in ihren Erwartungen ab. Dabei spielten spezielle Ansprüche eines großen Teils der Arbeiter (z.B. Überwindung einer als ungerecht empfundenen Einkommens- und sozialen Sicherungspolitik) ebenso eine Rolle wie Einsicht in künftige Entwicklungen bei Teilen der Intelligenz.
- Zugleich wurde bereits deutlich, wie sich eine Mehrheit der bis dato voll ins System integrierten Angehörigen der "Blockparteien" (CDU, LDPD, NDPD, DBD) auf die große "staatstragende" Politik der Schwesterparteien in den alten Bundesländern einstimmte.

- Nicht zu übersehen ist, dass - zumindest noch zu diesem Zeitpunkt - die Auffassungen der Bürgerbewegungen am deutlichsten die der Mehrheit der Bevölkerung reflektierten (vgl. Tabelle 1.8).

Tabelle 1.8: Hoffnungen/Befürchtungen nach Parteiorientierung
- Dezember 1989 - in Prozent -

	insgesamt	SED	Blockparteien	neue Bewegungen	keine
Hoffnungen	32	20	44	34	34
Befürchtungen	6	7	2	7	5
sowohl als auch	58	69	52	54	56
ich weiß nicht/ohne Antwort	4	4	2	5	5

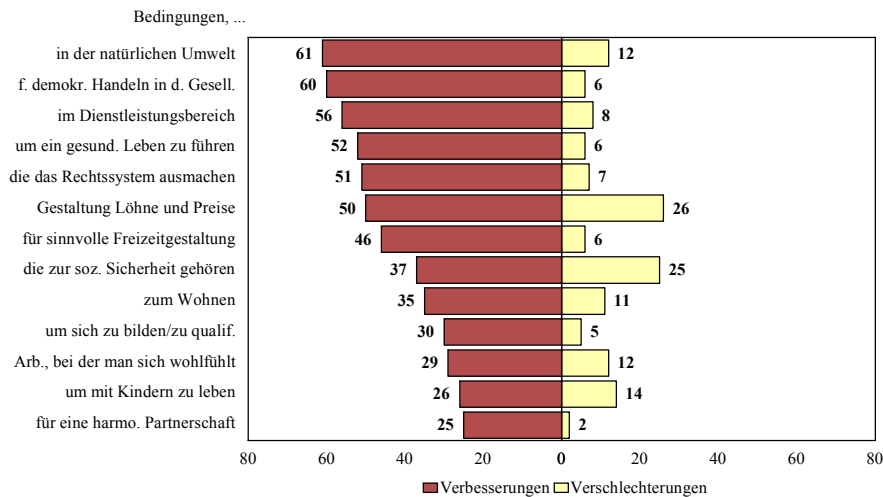
Datenbasis: ISS-Umfrage für den "Spiegel" (1.-6.12.1989)

Mit den Hoffnungen/Befürchtungen verbunden waren für fast alle Menschen ganz konkrete und unmittelbare Vorstellungen über notwendige, erwartete Verbesserungen (erst ab 1992/1993 bauten sich die optimistischen Erwartungen ab. Die von den befragten Bürgern getroffenen Wertungen lassen erkennen (vgl. Abbildung 1.6):

- An der Spitze der erwarteten und angenommenen Veränderungen von Bedingungen für Verbesserungen lagen im Januar 1990 die Bereiche:
 - Umweltgestaltung (61 %),
 - demokratisches Handeln in der Gesellschaft (60 %),
 - Dienstleistungssystem (56 %),
 - gesundes Lebens zu führen (52 %),
 - Rechtssystem (51 %).
- Verschlechterungen wurden bereits in dieser Phase vor allem angenommen bei
 - Einkommens-Preis-Entwicklungen (26 %),
 - sozialer Sicherheit (25 %).

Es trifft also nur bedingt zu, wenn aus späterer Sicht oft festgestellt wird, dass die Bürger generell die voraussichtliche Entwicklung nicht gesehen oder größtenteils nicht gewusst oder angenommen hätten. Die Entscheidung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zu den Wahlen im März - die nachträglich als Plebiszit für die Einheit gewertet wird - schloss in nicht geringem Maße die Erwartung auf Verschlechterungen vor allem im sozialen Bereich ein und nahm diese in Kauf. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurden in zunehmendem Maße gewünschte Freiheitsgewinne in einzelnen Lebensbereichen auf Kosten sozialer Sicherungen akzeptiert. Man glaubte nicht nur an Zugewinne, sondern auch daran, dass man zunehmende Defizite individuell lösen könne.

Abbildung 1.6: Erwartungen an Verbesserungen/Verschlechterungen - DDR
- Januar 1990 - in Prozent -

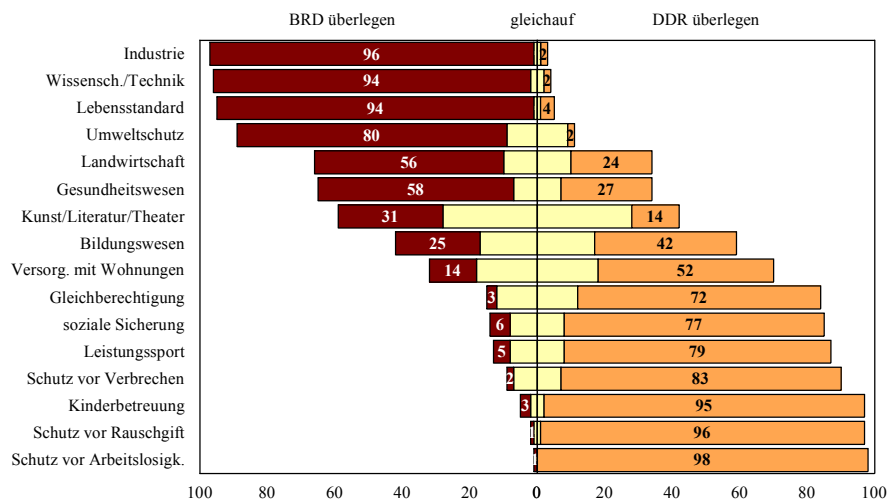


Bereits die Untersuchungen Ende 1989 widerlegen die zum Teil vertretene Auffassung, dass sich ein großer Teil der Bürger der DDR nicht hinreichend über die Vorteile/Nachteile der beiden sich in Deutschland gegenüber stehenden Systeme klar war. Ende 1989 sahen über 90 % der Bürger in der DDR eine absolute Überlegenheit der Bundesrepublik in den Bereichen der Wirtschaft (Industrie/Wissenschaft und Technik) sowie des Lebensstandards. Das galt auch für den Umweltschutz, die Landwirtschaft, das Gesundheitswesen. Im Gegensatz dazu wurden der Schutz vor Arbeitslosigkeit (98 %), vor Drogen (96 %) und Kriminalität (83 %) ebenso wie das allgemeine System der sozialen Sicherung (77 %) und die Gleichberechtigung (72 %) in der DDR als der BRD überlegen gekennzeichnet (vgl. Abbildung 1.7).

Bei einer im Wesentlichen übereinstimmenden Betrachtung gab es unterschiedliche Bewertungen vor allem

- durch Frauen in Bezug auf Gleichberechtigung. Vor allem Frauen ab 35. Lebensjahr gingen in höherem Maße davon aus, dass das Niveau der Gleichberechtigung in der DDR überlegen wäre (allerdings in geringerem Maße als Männer).
- Interessanterweise wird die Überlegenheit des sozialen Sicherungssystems der BRD eher von Hoch- und Hochschulabsolventen als von Befragten ohne beruflichen Abschluss vertreten (Hochschule = 10,3 %; ohne Abschluss = 5,5 %). Möglicherweise reflektiert sich hier die allgemeine Stimmung einer ungerechtfertigten Gleichbehandlung der sogenannten Intelligenz (10,5 % im Vergleich zu Arbeitern 3,3 %).
- Kulturüberlegenheit (Kunst, Theater, Bildung) wurde vor allem von Befragten mit Hochschulabschluss betont. Das galt insbesondere für den Bildungsvergleich.

Abbildung 1.7: "Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Bereiche. Bitte sagen Sie mir, ob die Bundesrepublik auf dem jeweiligen Gebiet der DDR überlegen ist, ob die DDR der Bundesrepublik überlegen ist oder ob beide gleichauf sind!" - DDR - Dezember 1989
- in Prozent -



Datenbasis: ISS/Leben '89 (gew.)

Es ist hier nicht Anliegen, aus der Sicht von 2009 klären zu wollen, welches die Hauptmotive der Bevölkerung für den Prozess 1989/1990 waren - ob es vor allem Fragen der Demokratie oder der Konsumtion, ob es Fragen der persönlichen Freiheit oder der "harten" Währung, ob es die Übernahme von Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft oder Umweltprobleme waren - letztlich bleibt, dass die Fehlentwicklungen und Widersprüche im politischen und ökonomischen System, die Widersprüche zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung insgesamt - und auch nicht nur in der DDR - mit Notwendigkeit die Überwindung des praktizierten Systems erforderten.

Es gehörte zu den grundlegenden Forderungen der Bürger der DDR, das politische System neu zu gestalten und eine prinzipielle Neuordnung der Bürgerbeteiligung am gesellschaftlichen Leben zu organisieren. Ausgelöst durch die erneute Manipulierung von Wahlergebnissen im Mai 1989 und darauf fußenden Aktionen politisch organisierter Bürgerbewegungen richteten sich die Forderungen zunächst auf eine Neugestaltung des Wahlsystems und reichten binnen kurzer Frist bis zur Forderung nach einer neuen Verfassung. Dabei wurde auch deutlich, dass die über Jahre hinweg geführte Diskussion um die Art und Weise der Gestaltung der Wahlen in der DDR und die stetig über das (West-)Fernsehen betriebene Auseinandersetzung um freie Wahlen im Wesentlichen eine Gleichsetzung von Demokratie und (westdeutschem) Wahlsystem mit sich brachte.

Unmittelbar nach Grenzöffnung (11.11.1989) forderten in einer speziellen Befragung²⁸ rd. 93 % generelle Veränderungen des Wahlsystems, d.h. es gab relativ unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialem Status und politischer Orientierung eine übereinstimmende Auffassung zu notwendiger genereller Neugestaltung des Wahlsystems. Dabei standen vor allem drei Forderungen im Mittelpunkt:

- Öffentlichkeit der Wahl (z.B. durch Kontrolle bei Wahlauszählung),
- Beseitigung von Einheitslisten und Nominierung von eigenen Kandidaten aller Parteien und Organisationen,
- Durchsetzung von geheimen Wahlen.

Vor allem ältere Bürger verbanden mit freien Wahlen in bedeutend höherem Maße die "Wahl in der Wahlkabine" als jüngere, während "nicht zur Wahl zu gehen" eher eine Position jüngerer Menschen reflektierte. Angehörige der "Intelligenz" vertraten mit ihren Forderungen nach freien Wahlen in hohem Maße die Entscheidung zwischen Sachprogrammen sowie der Möglichkeit der Aufstellung eigener Kandidaten durch Parteien, Bewegungen und Organisationen.

Das bedeutendste inhaltliche Problem wird vor allem daran sichtbar, dass nur 41 % der Befragten die "Entscheidung zwischen Sachprogrammen" für eine notwendige Bedingung freier Wahlen hielten. Darin reflektiert sich, dass zum Zeitpunkt der Grenzöffnung 61 % der Befragten kein Programm zur demokratischen Umgestaltung kannten. Nur 11 % waren Programme/Vorstellungen der neuen demokratischen Bewegungen bekannt. Insofern ist der geringe Stellenwert, den die Entscheidung bei Wahlen anhand von Sachprogrammen besitzt, nicht nur mit mangelndem Demokratieverständnis und fehlender Kenntnis von Programmen verbunden, sondern zu diesem Zeitpunkt auch mit der Nichtexistenz von entsprechenden Programmen bzw. in einer erst zu diesem Zeitpunkt entstehenden Programmatik der einzelnen Bürgerbewegungen (die zum Teil auch nur in Zeitungen der alten Bundesländer auszugsweise veröffentlicht wurden).

Wie bereits festgestellt, bleibt darüber hinaus festzuhalten, dass die Programmatik der Bürgerbewegungen selbst eine Wende erfährt. In Veröffentlichungen (z.B. H. Knabe²⁹) wird darauf hingewiesen, dass sich die politische Opposition in der DDR - im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Staaten - deutlich unterscheidet in Bezug auf die "positive Rezeption marxistischer Denkansätze". Das findet seinen Ausdruck in:³⁰

- der Orientierung auf sozialistische Alternativen zur kapitalistischen Konsumgesellschaft,
- der Forderung nach einem demokratisch strukturierten System mit starker Akzentuierung plebiszitärer Elemente,

²⁸ ISS - Blitz 1 vom 11.11.1989.

²⁹ Knabe, H.: Politische Opposition in der DDR - Ursprung, Programmatik, Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beiträge zur Wochenzeitung "Das Parlament" 1-2/90, S. 21ff.

³⁰ Vgl. ebenda, S. 28-30.

- der Herstellung effektiver, demokratisch kontrollierter, ökologisch und sozial orientierter Wirtschaftsstrukturen,
- der Forderung nach Gleichberechtigung, Eigenverantwortung und Kreativität in kultureller Erziehung und sozialen Beziehungen.

Nicht selten wird aus der Sicht von heute festgestellt, dass die Elite der Bürgerbewegung (von Ausnahmen abgesehen) eine so geringe Rolle in der heutigen Politik spielt. Genau genommen lag in ihren ursprünglichen Konzeptionen und Programmen bereits der Kern der späteren Entwicklung und letztlich ihrer Differenzierung nach der März-Wahl 1990 zu relativ bedeutungslosen Vereinen oder der "Parlamentarisierung durch Parteien" einbindung" bzw. -gründung (dazu trägt allerdings auch die bis heute von einzelnen Repräsentanten der Bürgerbewegungen vorgenommene Vereinseitigung der DDR-Geschichte auf den "Unrechtsstaat" bei).

Zunehmend unterschiedliche Positionen wurden auch in Bezug auf das erforderliche Tempo zur Durchführung von Wahlen deutlich. Ende November (21.11.1989) sprachen sich 78 % der Befragten für eine gründliche Vorbereitung von Wahlen und gegen rasche Wahlen aus. Als Hauptargumente zählten:

- Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes und öffentliche Diskussion darüber (73 %),
- Bekanntmachung der Sachprogramme und Möglichkeiten der Diskussion (60 %).

Bereits Ende 1989 (Dezember) rückten jedoch die Forderungen nach raschen Wahlen mehr in den Vordergrund, die auch von den etablierten Parteien und neuen Bewegungen aufgenommen wurden und letztlich zur Entscheidung führten, bereits am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR durchzuführen.

Die Nachwirkungen des DDR-Wahlsystems waren - wie die Untersuchungen dieser Zeit belegen - ausschlaggebender als die Vorstellungen darüber, nach welchen Kriterien freie Wahlen zu bestimmen waren, welche Rolle von Parteien oder Personen präsentierte Programme spielen. Die Entscheidung zwischen Personen wird höher bewertet als zwischen Sachprogrammen, die die Interessen durch sie vertretener Gruppen präsentieren. Zugleich bestand 1989/Anfang 1990 ohne Zweifel bei vielen Bürgern die Illusion, dass aus einer mehr oder weniger fremdbestimmten Gesellschaft (und des Einzelnen) zu demokratischen Formen der Selbstbestimmung (des Einzelnen und der Gemeinschaft) übergegangen werden könnte. Für die Mehrheit der DDR-Bürger stellte sich erst im Laufe der nachfolgenden Jahre heraus, dass das bundesrepublikanische System auf (mehr oder weniger) repräsentativen Formen durch Vertreter beruht und das angestrebte System mit dem bundesrepublikanischen wenig vergleichbar - bestenfalls in der Optik günstiger - war/ist.

Die Vorstellungen einer vorrangig/ausschließlich über interessenstrukturierte Vertreterdemokratie (z.B. in Form von Runden Tischen/Räten usw.), in der vor allem parteiunabhängige Verbände und Organisationen bzw. Einzelpersonen erforderliche Entscheidungen vorbereiten und treffen, wurden relativ schnell durch das tradierte Parteiensystem als "überflüssig" erklärt.

Der "vormundschaftliche Staat" wurde ersetzt durch "vormundschaftlich" agierende Vertreter politischer Strömungen, die spezifische Interessen sozialer Gruppen genauso wenig/genauso viel aufnehmen wie es der Durchsetzung ihrer politischen Interessen nützlich ist.

Aus einer Fremdbestimmung von "oben" wurde durch Übertragung des politischen Systems und damit verbundener Bewertung und Festlegung zu lösender Probleme sowie der Art und Weise der Lösungen eine Fremdbestimmung von "außen". Das betraf z.B.

- die Übertragung des bundesdeutschen Rechtssystems (Fortgeltung von DDR-Recht als Ausnahme),
- den Aufbau neuer Strukturen auf Landes- und Kommunalebene bei "Abwicklung" der bestehenden Verwaltungsstrukturen,
- den Aufbau eines neu strukturierten Verbändesystems (Unternehmer, Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Agrarverbände, Medien),
- die Ersetzung der politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Eliten der DDR durch Eliten aus den alten Bundesländern und wenige Einzelpersonlichkeiten aus dem Osten.

Das was sich vollzog hat bildhaft treffend H. Wollmann formuliert: Es entsprach "der Aufgabe, ein Schiff inmitten eines Orkans auf Kurs zu halten, es gleichzeitig total umzubauen, und dies mit einer weitgehend ausgewechselten Mannschaft und unvertrautem Kompaß"³¹. Das Bild wäre zu ergänzen: Wechsel der Offiziere durch Berufung von Maaten und Matrosen der alten Bundesländer zu ranghohen Offizieren (dafür aber mit Kompass-Kenntnis).

Institutionen- und Personal(Eliten-)transfer sicherten, dass Eigenständigkeit und Reformchancen gleich Null waren. "Die regierenden Kräfte der Bundesrepublik waren ... weder willens noch fähig, den Impuls (des) demokratischen Aufbruchs aufzugreifen."³² In der Nacht zum 3. Oktober 1990 wurde innerhalb einer Sekunde die gesamte Rechtsordnung der DDR durch die Rechtsordnung der Bundesrepublik ersetzt.

Fazit bleibt: Der plebiszitäre Aufbruch Ende 1989/Anfang 1990 wurde relativ schnell zu einer fremdbestimmten und schließlich extern organisierten Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik. Der sich rasch entwickelnde Wunsch und Druck auf Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung, politische Neu- und Umgestaltung wurde begrenzt auf Nutznießung der Vor- und Nachteile der sozialen Marktwirtschaft. Nicht zuletzt wurde mit dem 3. Oktober "eher das Datum für eine Selbstfeier der westdeutschen politischen Klasse"³³ zum offiziellen Feiertag der deutschen Einheit

³¹ Wollmann, H.: Institutionenbildung in Ostdeutschland; Neubau, Umbau und "schöpferische Zerstörung", in: Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, KSPW, Bd. 3, Verlag Leske+Budrich, Opladen 1996, S. 47.

³² Die Doppelbiographie der Bundesrepublik, ND vom 12.3.1999, S. 15.

³³ Münkler, Herfried: "Die Deutschen und ihre Mythen", MOZ vom 7.9.2009, S. 2.

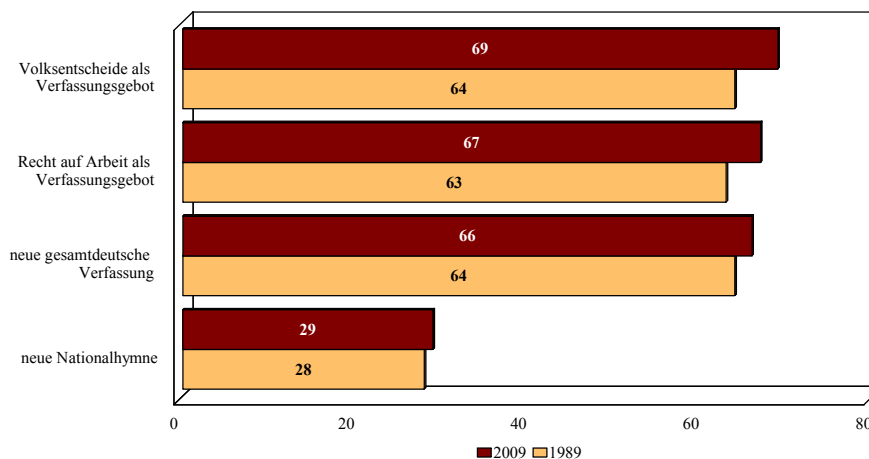
erhoben, obwohl der 9. Oktober mit seiner Leipziger Großdemonstration ebenso wie der 9. November (Reichsprogromnacht 1938/Mauerfall 1989) weitaus eher dem Volk Anlass zum Gedenken und Feiern gäbe. Die historische Entwicklung der DDR wird seit 1990 dazu benutzt, um die DDR zu delegitimieren und damit gleichzeitig die Erfolgsgeschichte West aufzuwerten.

Es sei hervorgehoben, dass die vorangegangenen Darstellungen keinesfalls eine umfassende Auswertung vorhandener Materialien darstellen.³⁴ Es gehört jedoch zu den Problemen der Wertung des DDR-Endes, dass die (alt-)bundesdeutschen Institutionen über keine (oder nur wenige) Daten darüber verfügen, wie sich subjektive Einstellungen und Verhaltensweisen entwickelten/veränderten. Vorliegende Daten von (Ost-)Forschungsinstituten werden zum Teil mit dem Hinweis auf mangelndes Vertrauen der Bevölkerung gegenüber Befragungen in "posttotalitären" Gesellschaften abgetan, obwohl die Bereitschaft, sich auch in dieser Form zu äußern, so hoch war wie nie wieder später. Vorbehalte, wie sie inzwischen gegenüber Meinungsumfragen (Unseriösität, Angst vor Betrügnern, Angst, durch Angaben in sozialen Leistungsansprüchen gemindert zu werden usw. usf.) auftreten, spielten zur damaligen Zeit keine Rolle. Gewichtiger dürfte schon - auch aus der Sicht von heute - sein, dass die Fragestellungen von West-Einrichtungen anders waren als die von Ost-Einrichtungen; erstere stießen zum Teil auf Unverständnis bei DDR-Bürgern, die von Ost-Einrichtungen auf nachträglich festgelegte "Ideologisierungen" bzw. angebliche Inkompetenz. Es bleibt jedoch festzuhalten: Die nach 1990 erfolgte Auflösung fast jeglicher sozialwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen im Osten und die Übertragung von Forschungen auf "bewährte" Einrichtungen und Wissenschaftler anstelle organisierter und gewünschter Zusammenarbeit erschweren bis heute ein reales Bild über das, was sich vollzog und bleiben vielfach erneut bei ideologisierenden politischen Bewertungen stehen.

Zu den Visionen des Aufbruchs in eine neu zu ordnende Gesellschaft gehörten der Verfassungsentwurf des "Runden Tisches" ebenso wie die am 7. März 1990 von der Volkskammer angenommene "Sozialcharta", in der in einer für Deutschland bisher einmaligen Art und Weise soziale Ziele und Bedingungen einer freien Gesellschaft zusammengefasst wurden. Von der Ausgestaltung des Rechts auf Arbeit, der Demokratisierung des Arbeitslebens, der Gleichstellung der Geschlechter und Erziehung der Kinder bis zum Recht auf Wohnen und soziale Sicherungen wurden die grundlegenden Vorstellungen und Formulierungen als Politikorientierungen beschlossen. Sie blieben Visionen und gehören zu den inzwischen getilgten Spuren einer kurzzeitigen Selbstbestimmung und Selbstbefreiung (vgl. Abbildung 1.8).

³⁴ Vgl. Winkler, Gunnar: 1989/1990 - Aufbruch in eine erwünschte Zukunft ..., a.a.O.

Abbildung 1.8: "Halten Sie die Forderungen von 1989 nach wie vor für richtig?" - DDR/neue Bundesländer - 1989 und 2009 - in Prozent - (nur Antwort: "ja")



Datenbasis: ISS-Umfrage für den "Spiegel" (1.-6.12.1989)/sfz/leben 2009 (gew.)

1.4 20 Jahre friedliche Revolution - die Sicht der Bürger von heute

Die 1989 getroffene Aussage von Alt-Bundeskanzler Willy Brandt "Jetzt wächst zusammen was zusammengehört"³⁵ hat ihre Bedeutung und Richtigkeit bis in die Gegenwart noch nicht verloren, denn es wächst immer noch zusammen, obwohl W. Brandt sicher eine andere zeitliche Dimension im Auge hatte.

Die 2009 von den Bürgern der neuen Bundesländer gemachten Aussagen belegen eine hohe Übereinstimmung mit den Vorstellungen des Zusammenwachsens von vor zwanzig Jahren.

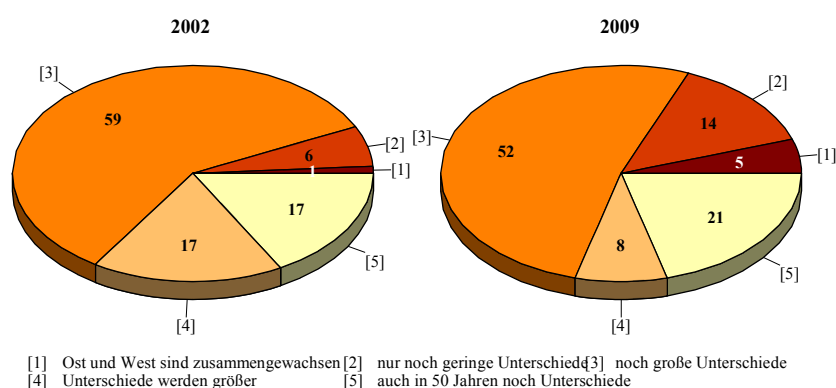
2009 reflektieren die 35-jährigen und älteren Bürger ihre damaligen Vorstellungen mehrheitlich als Unterstützung für die Bildung einer Konföderation mit dem Ziel der schrittweisen Vereinigung (38 %). Einen raschen Anschluss wollten aus heutiger Sicht ursprünglich 29 %.

Der rasch zunehmende Druck der Bevölkerung auf Vereinigung im Rahmen der Bundesrepublik folgte dem mehrheitlichen Anliegen auf rasche Angleichung der Lebensverhältnisse im umfassenden Sinne. Dieser grundlegende Anspruch ist bislang nicht bzw. nur partiell eingelöst. Inzwischen ist die Herstellung "gleichwertiger Lebensverhältnisse" (Grundgesetz, Art. 72, Abs. 2) festgeschrieben, wobei of-

³⁵ Brandt, Willy am 10. November 1989.

fen ist, was "gleichwertige Lebensverhältnisse" sind. Die Meinungen darüber gehen auseinander von "gleichwertig ist nicht gleich"³⁶, gleichwertig bezieht sich "nicht auf alle Lebensbereiche"³⁷ bis zur Feststellung, dass Gleichwertigkeit nicht gleich, aber gerecht sein muss. Aber auch hier wird es kompliziert, denn gerade die Ostdeutschen haben die Erfahrungen gesammelt, dass zu viel Gleichheit in vielen Fällen ungerecht ist, wie ihre neuen Erfahrungen belegen, dass zu viel Ungleichheit auch nicht als gerecht empfunden wird.

Abbildung 1.9: "Wie schätzen Sie den Stand der Einheit Deutschlands ein?"
- neue Bundesländer - 2002 und 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2002/2009 (gew.)

2009 äußern sich die Bürger der neuen Bundesländer eher kritisch als positiv zum Stand der deutschen Einheit (vgl. Abbildung 1.10):

- Nur 5 % sehen die Einheit im Sinne des Zusammenwachsens von Ost und West als realisiert an (insbesondere Jüngere bis 30 Jahre und damit verbunden ohne beruflichen Abschluss), 14 % sehen nur noch geringe Unterschiede.
- Insgesamt ist der hohe Anteil derer, welche noch große Unterschiede sehen (52 %), bestimmend für die Bewertung, 8 % stellen größer werdende Unterschiede fest und 21 % gehen davon aus, dass es auch in 50 Jahren noch Unterschiede geben wird.
- Männer treffen eher positive Einschätzungen zur bereits erfolgten Angleichung, während Frauen die vorhandenen Ungleichheiten im Vergleich deutlicher betonen.
- Mit zunehmendem Alter sinkt die positive Bewertung und steigt der Anteil derjenigen, die noch große Unterschiede sehen sowie eine lang anhaltende Ungleichheit.

³⁶ Platzek, Matthias: Wie weiter mit dem Aufbau Ost?, Presseinformation der Staatskanzlei Brandenburg vom 31.5.2004.

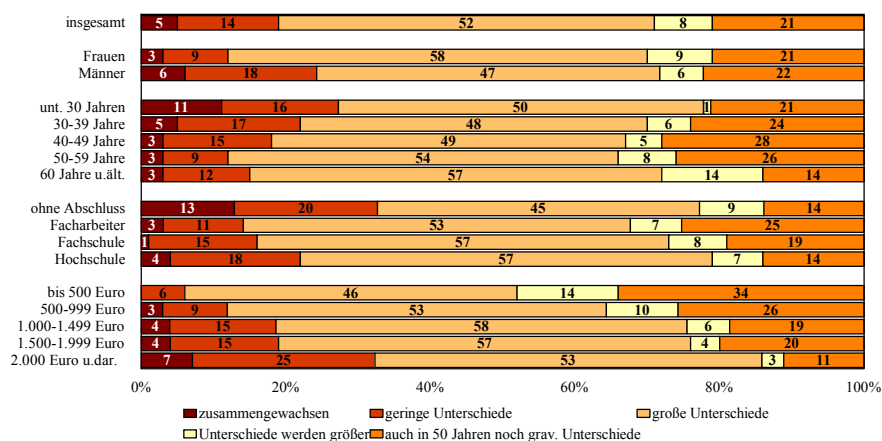
³⁷ BMVBW: Leitbilder und Handlungsorientierungen für die Raumentwicklung in Deutschland, Diskussionspapier vom 1.9.2005.

- Mit höherem beruflichen Abschluss nimmt der Anteil derer zu, die noch existierende größere Unterschiede sehen.
- Die Bewertung des erfolgten Angleichungsprozesses ist stark mit dem individuellen Nettoeinkommen verbunden, untere Einkommensgruppen sehen geringere Chancen.

Im Vergleich der Bewertungen zur Entwicklung der Lebensverhältnisse mit 2002 haben sich die Annahmen zum Teil polarisiert. So ist der Anteil der Bürger, der keine bzw. nur noch geringe Unterschiede zwischen Ost und West sieht, gestiegen (von 7 auf 19 %) - insbesondere aufgrund der Aussagen von Männern und Bürgern unter 25 Jahren - wie andererseits auch die Auffassung, dass in 50 Jahren noch gravierende Unterschiede bestehen werden, von 17 % auf 21 % gestiegen ist - im Besonderen durch Arbeitslose und Niedrigverdiener.

Insgesamt zeichnet sich seit 1990 ab, dass die Bürger der neuen Bundesländer an den Ergebnissen der Einheit zum Teil in sehr unterschiedlichem Maße partizipieren - insbesondere durch die gegebenen/nicht gegebenen Möglichkeiten der Teilnahme am Erwerbsleben, da die Veränderungen in den ökonomischen Strukturen eine Nutzung der Angleichungschancen aus eigener Kraft in hohem Maße begrenzen und noch immer begrenzen. Zugleich führen bekanntermaßen die in den Jahren ab 2000 in Gang gesetzten Reformen in den neuen Bundesländern in besonderem Maße zu negativen Wirkungen. Die Reformen, die in Ost und West gleichermaßen realisiert werden, wirken in den neuen Bundesländern verstärkend auf Ungleichheiten (innerhalb der neuen Bundesländer und zu den alten Bundesländern) und vertiefen in den alten Bundesländern zum Teil das Gefühl der nachholenden "Vereinigungskosten", die mit entsprechenden Publikationen ideologisch "untermauert" werden.³⁸

Abbildung 1.10: "Wie schätzen Sie den Stand der Einheit Deutschlands ein?"
- neue Bundesländer - 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

³⁸ Vgl. u.a. Mindt, F.R.: Die Soli-Abzocke - die Wahrheit über den armen Osten, Eichhorn Verlag 2003.

Spezifik und Besonderheiten der Bewertungen der Entwicklung der Bürger in Ostdeutschland resultieren sowohl aus der historischen Entwicklung und ihrer "DDR-Sozialisation" als auch aus differenzierenden Entwicklungen nach 1990. Das ist nicht identisch mit differenzierenden Merkmalen zwischen einzelnen Bundesländern wie Bayern und Sachsen, sondern ist eine flächendeckende regionale Unterschiedlichkeit zwischen den neuen und den alten Bundesländern (vgl. Abschnitt 8.2). Daran ändert sich auch nichts durch die Feststellung des Vorsitzenden des Forums Ostdeutschland der SPD und stellv. Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts - Jens Bullerjahn - wenn er sagt: "Die 'große Lösung für den Osten' wird es nicht geben, weil es 'den' Osten nicht mehr gibt."³⁹ Es gibt "den" Osten noch. Die zunehmende Differenzierung der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in den neuen Ländern vollzieht sich auf einem anderen Niveau als gleiche Entwicklungen im Westen Deutschlands. Als herausgehobene Beispiele dafür mögen dienen: die Arbeitsmarktsituation, die Altersstruktur in Ostdeutschland, das Haushaltseinkommen pro Familie, das Wanderungsverhalten. Charakteristika sind auch die nach wie vor existierenden unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen Ost-West im Rahmen der Bundeshoheit. Das gilt für die existierenden zwei Gebiete im Rentenrecht Ost und West mit unterschiedlichen aktuellen Rentenwerten, für unterschiedliche Regelungen bei Leistungen der sozialen Sicherung bzw. im Tarifrecht - z.B. Lehrlingsentlohnung, Besoldung Ost-West, Arbeitszeitregelungen.

Es ist offensichtlich, dass es die neuen Länder übergreifende Probleme und Defizite gibt, die den Abstand zu den alten Ländern nicht verringern, sondern zum Teil sogar erweitern. Die Region Ost bleibt noch lange erhalten, wenn keine spezifischen Lösungen (wirtschaftlich, Einwanderung, Finanzausgleich) gefunden und eingeleitet werden (können).

Das Sprichwort "Der Erfolg hat viele Väter" lässt sich auch in Bezug auf die Akteure der friedlichen Revolution und ihre "Verursacher" anwenden. In der Vergangenheit wurde seitens eines Teils der Medien zugleich der Versuch unternommen, insbesondere den westdeutschen Part eine besonderen Würdigung zu unterziehen bzw. den ostdeutschen Anteil herabzuwürdigen. So auch durch gezielte Betonung der Rolle von Ungarn und der CSSR, der Wirksamkeit der Gespräche zwischen H. Kohl und M. Gorbatschow u.a.m.

Erst in den letzten Jahren - offensichtlich beeinflusst von der Realität des unvollendeten Angleichungsprozesses bzw. bevorstehender Wahlen, aber auch einer ostdeutschen Bundeskanzlerin - wird stärker auf den längerfristigen zunehmenden Widerstand - insbesondere unter dem Schutz der Kirchen in der DDR - hingewiesen.

Natürlich trugen die massenhaften Abwanderungen über westdeutsche Botschaften in der CSSR und Ungarn dazu bei, dass die rasch zunehmenden "Montags"-Demonstrationen, betrieblichen und örtlichen Kundgebungen/Großkundgebungen den Druck auf die Parteiführung erhöhten. Dass jedoch die Mauer von "Ost nach West" (Thierse)

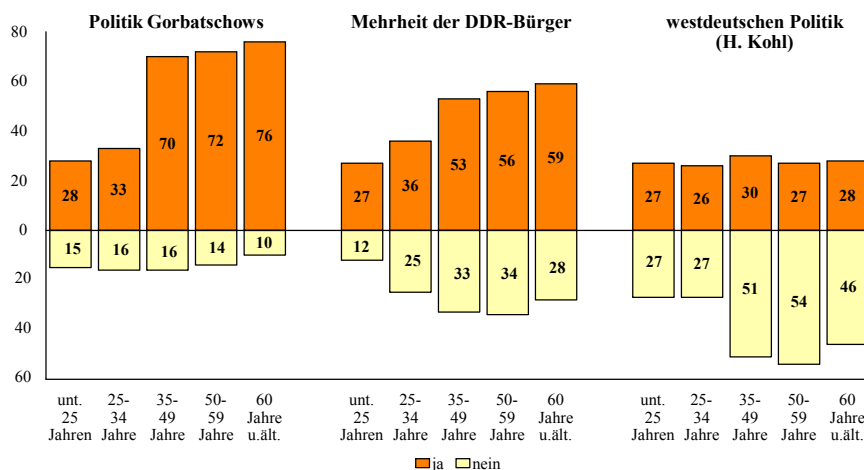
³⁹ Vgl. Rede Jens Bullerjahn auf dem SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt, Halle, 15.9.2007.

eingedrückt wurde, ist Ergebnis des keineswegs gering zu schätzenden Teils der Bevölkerung von 40 %, der sich daran beteiligte.

Die Befragung 2009 ergibt folgende differenzierenden Wertungen der Bürger der neuen Länder darüber, wem die Öffentlichkeit die Leistungen vor allem zuordnet (vgl. Abbildungen 1.11 und 1.12):

- An erster Stelle wird die friedliche Revolution als Ergebnis der Politik Michael Gorbatschows angesehen (62 % ja/14 % nein/16 % ich weiß nicht/9 % ohne Aussage bzw. Antwort). Insbesondere Ältere und Hoch- bzw. Fachschulabsolventen unterstützen diese Position.

Abbildung 1.11: "Wird die historische Leistung der friedlichen Revolution im Herbst 1989 heute in der Öffentlichkeit gesehen als Leistung der ...?" - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent - (Wertung nach Altersgruppen)



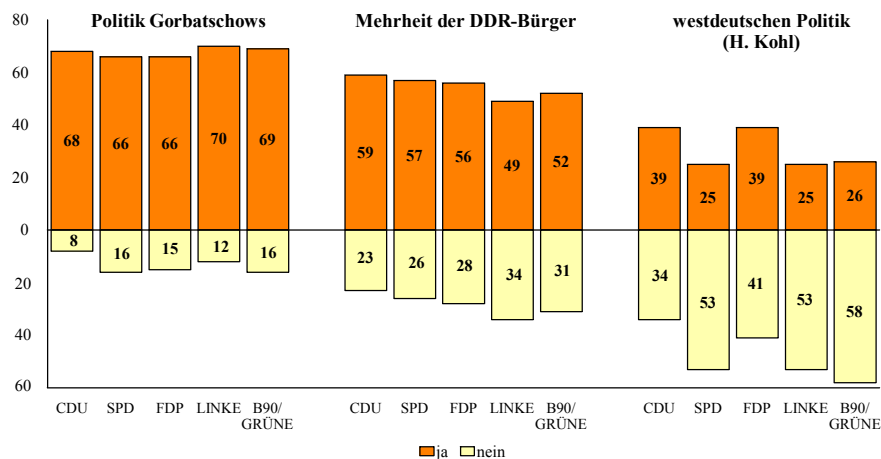
Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

- Der zweite Rang wird der Mehrheit der DDR-Bürger zugeordnet (50 % ja/28 % nein/13 % ich weiß nicht/9 % ohne Antwort).
- An dritter Stelle wird die friedliche Revolution als Ergebnis mutiger Oppositioneller hervorgehoben (46 % ja/26 % nein/17 % ich weiß nicht/11 % ohne Antwort). Hier heben sich insbesondere Mitglieder/Sympathisanten der GRÜNEN (59 %) sowie der SPD (58 %) vom Durchschnitt ab, was auch mit der Entstehungsgeschichte dieser Parteien in der DDR verbunden ist.
- Viertens wird die Rolle der westdeutschen Politik in dieser Phase (Bundeskanzler Helmut Kohl) genannt (28 % ja/44 % nein/17 % ich weiß nicht/11 % ohne Antwort), bei überdurchschnittlich positiver Wertung durch die Jahrgänge unter 35 Jahren, was eine zum Teil einseitige mediale Darstellung reflektiert.
- Für einen historischen Zufall halten es 15 % der Bürger, 58 % wenden sich gegen eine solche Position (16 % ich weiß nicht/11 % ohne Antwort).

Insbesondere die altersstrukturelle Untersetzung (vgl. Abbildung 1.11) zeigt, dass zwischen den unter 35-Jährigen und über 35-Jährigen deutliche unterschiedliche Wertungen in Bezug auf die Rolle Michael Gorbatschows und der DDR-Bürger vorgenommen werden, welche indirekt den Unterschied zwischen erlebter und vermittelter Vergangenheit reflektieren.

Die parteipolitischen Präferenzen (vgl. Abbildung 1.12) weisen insgesamt weitaus homogenere Aussagestrukturen auf und vermitteln lediglich bei der Rolle Helmut Kohls die Unterschiedlichkeiten parteipolitischer Positionen.

Abbildung 1.12: "Wird die historische Leistung der friedlichen Revolution im Herbst 1989 heute in der Öffentlichkeit gesehen als Leistung der ...?" - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent - (Wertung nach parteipolitischen Orientierungen der Bürger)



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Die Sicht der Ostdeutschen auf die Situation im Herbst 1989 bis zur Vereinigung und deren Wirkungen sowie Folgen zu erfahren und zu bewerten, ist im Nachhinein kompliziert, da ein keineswegs unbedeutender Teil damaliger Bürger und Akteure inzwischen nicht mehr lebt und ein zunehmender Teil der heutigen erwachsenen Bürger die Zeit nur als Kind bzw. heranwachsender Jugendlicher erlebte. Ihre Aussagen werden - soweit sie welche treffen können und wollen - von anderen vermittelt, beruhen aber nicht auf eigenem Erleben. Aus der heutigen Sicht wird zudem vieles naturgemäß durchaus anders gesehen als vor zwanzig Jahren. Trotzdem lassen die durchgeführten Untersuchungen eine ganze Reihe von Aussagen zu, die für den noch zu vollendenden Vereinigungsprozess von Gewicht sind/sein können.

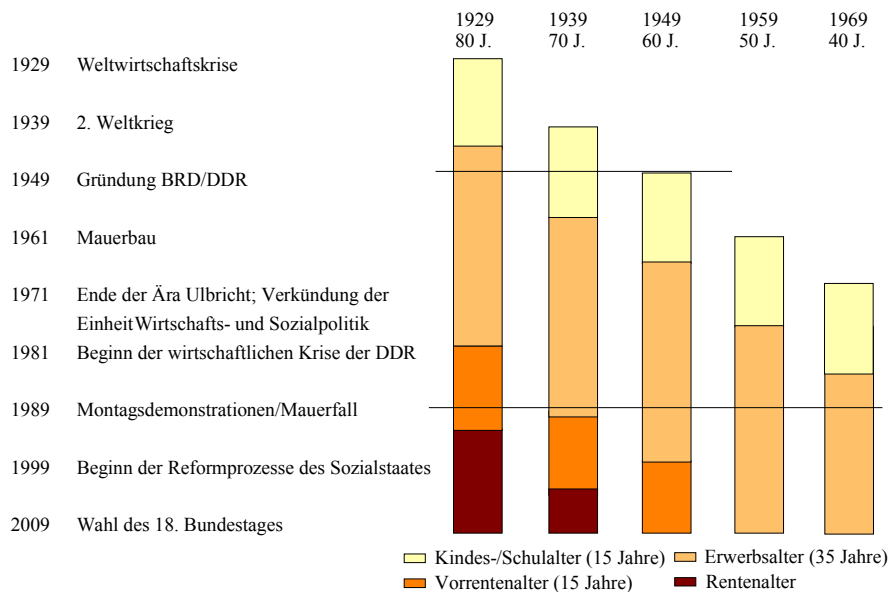
Nicht zuletzt wirkt der "demografische Wandel" auch auf zunehmende Begrenzungen hinsichtlich der Zahl der Bürger und deren soziale Struktur, welche Aussagen zur Zeit vor, während und nach dem Herbst 1989 aus eigenem Erleben beurteilen können. Die Bewertung der Ergebnisse der friedlichen Revolution auf der Grundla-

ge der Aussagen von "Zeitzeugen" wird immer schwieriger, da inzwischen eine Generation verstorben (3 Millionen), eine, die nie in der DDR gelebt hat, nachgerückt ist (1,8 Millionen) und Millionen durch Ab- und Zuwanderung (2,7 Millionen/1,6 Millionen) einen teilweisen Bevölkerungsaustausch vollzogen haben. Daraus folgt u.a.:

- Nur noch rd. 60 % der in den neuen Ländern Lebenden sind aussagefähig zu der Zeit vor und während des Herbstes 1989 aufgrund eigenen Erlebens.
- Jüngere übernehmen vor allem die Auffassungen ihrer Eltern zum Leben im Osten (81 %).
- Die Generationen, welche weitgehend die friedliche Revolution trugen, haben inzwischen das Renten- bzw. Vorrentenalter erreicht.

Von den 2009 in den neuen Bundesländern lebenden ab 18-jährigen Bürgern waren die Jüngsten zum Mauerfall noch gar nicht geboren, nur die über 48-Jährigen haben zum Zeitpunkt des Mauerbaues (1961) und nur die über 60-jährigen im Gründungsjahr der Bundesrepublik bzw. der DDR schon gelebt (wenn sicher auch nicht in jedem Fall bewusst erlebt).

Abbildung 1.13: Prinzipschema des "Erlebens" deutscher Geschichte



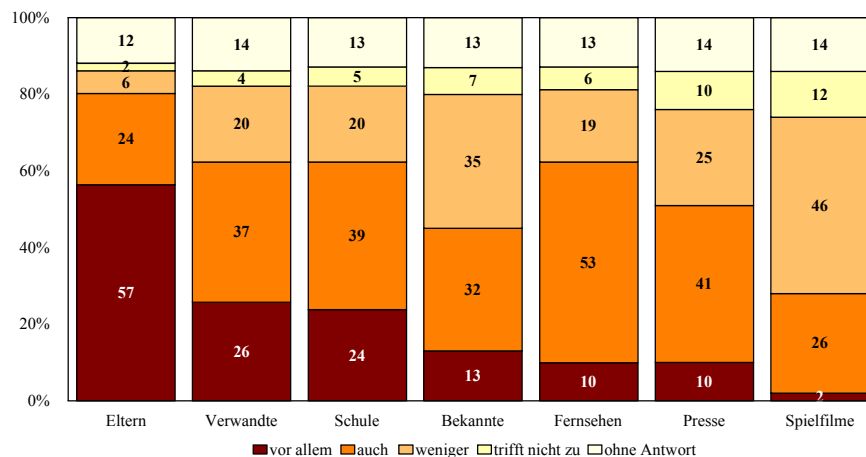
Diese veränderten "Erfahrungsstrukturen" führen zu unterschiedlichen Effekten: Einerseits nimmt der Anteil von (jüngeren) Menschen zu, welche die Ost-West-Konfrontation nicht erlebt haben und die nur wenig Verständnis für eine 20 Jahre dauernde Diskussion um Gegensätzliches und Gemeinsames haben. Andererseits werden diese Altersgruppen weniger mit den erreichten Veränderungen seit 1990,

sondern mehr mit den Unterschieden zwischen Ost und West in der Gegenwart konfrontiert.

Zumindest die heute 20- bis unter 35-Jährigen haben die DDR zum großen Teil nur aus der Sicht des Kindergartens und der Schule kennengelernt. Ihre Beurteilungen stützen sich naturgemäß in hohem Maße auf die Vermittlung durch Elternhaus und Umwelt/Umfeld. Von den unter 35-Jährigen geben 2009 - bezogen auf die bestimmenden Einflüsse ihrer DDR-Kenntnisse - an:

- Prägend ist das Elternhaus - 57 % haben ihre Kenntnisse von den Eltern (Mutter/Vater) "vor allem" bzw. "auch" (24 %) erhalten.
- Einen relativ hohen Stellenwert haben Verwandte und Schule (rd. 25 %).
- Bekannten und dem Fernsehen sowie Presse und Filmen wird ein geringer Einfluss zugeordnet.

Abbildung 1.14: "Wenn Sie 1989 zu jung waren, um über eigene Erinnerungen zu verfügen, sagen Sie uns bitte, von wem Ihre Kenntnisse, Ihr Wissen, Ihre Einschätzungen geprägt und beeinflusst wurden!" (nur 18- bis unter 35-Jährige) - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)

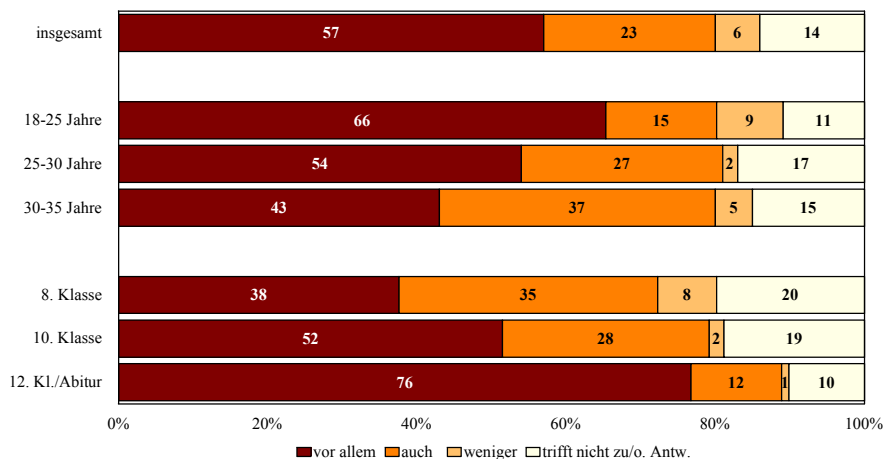


Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Deutliche Unterschiede sind erkennbar, indem

- unter 25-Jährige dem Elternhaus ein höheres Gewicht beimessen (66 % vor allem) als 30- bis 35-Jährige (43 % vor allem);
- 18- bis 35-jährige Frauen stärker vom Elternhaus geprägt werden (65 % vor allem) als Männer (50 %);
- höhere Bildungsabschlüsse (70 % der Befragten mit 12./13. Klasse) stärker vom Elternhaus "beeinflusst" werden ebenso wie
- sich den oberen Schichten Zuordnende (75 %) stärker als "untere Schichten" (45 %).

Abbildung 1.15: "Welchen Einfluss hatte Ihr Elternhaus auf Ihre DDR-Kenntnisse?" nach Alter und allgemeinem Bildungsabschluss (nur 18- bis 35-Jährige) - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Es ist offensichtlich, dass unter der "Nähe" zur elterlichen Einflussnahme (18 bis 25 Jahre) der Stellenwert des Elternhauses höher bewertet wird. Auch mit steigendem Bildungsabschluss wird der Einfluss des Elternhauses entweder mehr "gesucht" oder stärker wahrgenommen.

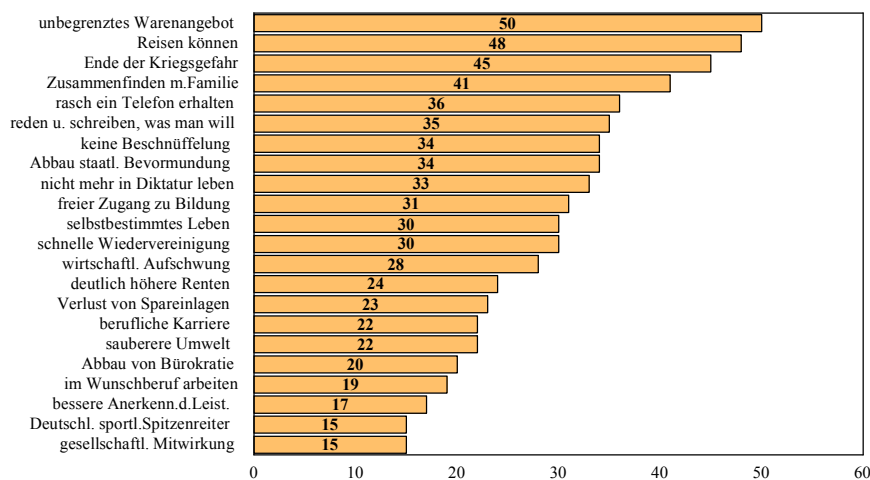
Die Bewertungen der Ergebnisse der friedlichen Revolution und Vereinigung über den Zeitraum seit 1989 sind nicht zuletzt an die Vorstellungen und Erwartungen des Einzelnen gebunden, die er seinerzeit bzw. im Verlauf der Jahre hatte.

Die heute von den ab 35-jährigen Bürgern der neuen Länder getroffenen Aussagen über ihre Vorstellungen und Erwartungen, welche sie im Herbst 1989 hatten, belegen (vgl. Abbildung 1.16)

- den hohen Stellenwert, den ein quantitativ und qualitativ verbessertes Warenangebot (50 %) ebenso wie das Reisen, d.h. der Wunsch auf Kennenlernen bis dato fremder Länder für die Bürger hatte (48 % volle Zustimmung);
- die Zuversicht, dass mit dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation und dem Ende des kalten Krieges auch die Kriegsgefahr zwischen Ost und West beendet wird (45 %);
- die Erwartungen auf direkte persönlich-familiäre Kommunikation durch Zusammenfinden zwischen Familienangehörigen im weitesten Sinne (41 %), welche sich bei vielen rasch gab, aber auch die Möglichkeit spürbar verbesserter telefonischer Kommunikation (36 %);
- den Abbau aller Strukturen, welche Selbstbestimmung begrenzen, sei es durch Abbau staatlicher Bevormundung (34 %), den Wunsch, nicht mehr in einer Diktatur leben zu müssen bzw. zu wollen (33 %) oder den Abbau staatlicher "Beschnüffelung" (34 %);

- den Zugang zu Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben (30 %), im Bereich der Bildung (31 %), im Beruf (22 %) sowie durch entsprechende Entlohnung (bzw. Renten - 24 %) und Anerkennung der Leistung (17 %).

Abbildung 1.16: "Welche Erwartungen und Hoffnungen hatten Sie - wenn Sie sich zurückerinnern - an den Herbst 1989?" (ab 35 Jahre) - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent - (nur Antwort: "trifft voll zu")

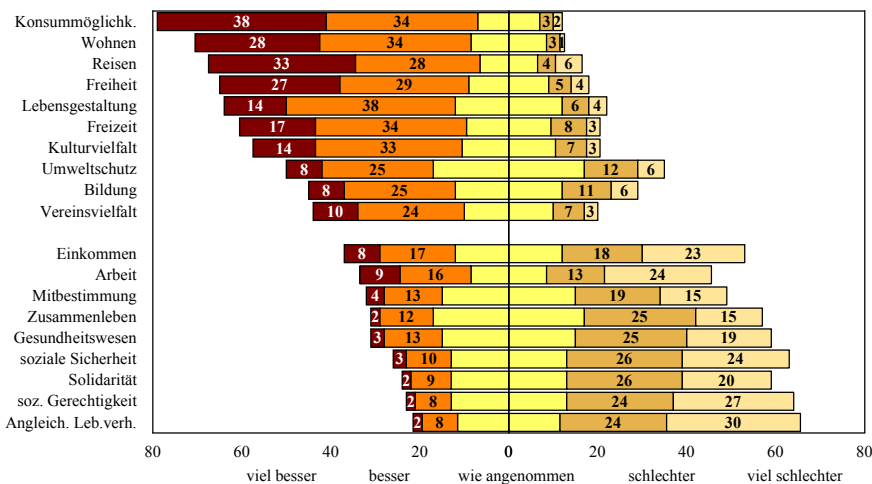


Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Inzwischen sind 20 Jahre vergangen. Für alle Bürger der neuen Länder sind grundlegende Veränderungen eingetreten. Viele Erwartungen wurden erfüllt, viele auch nicht.

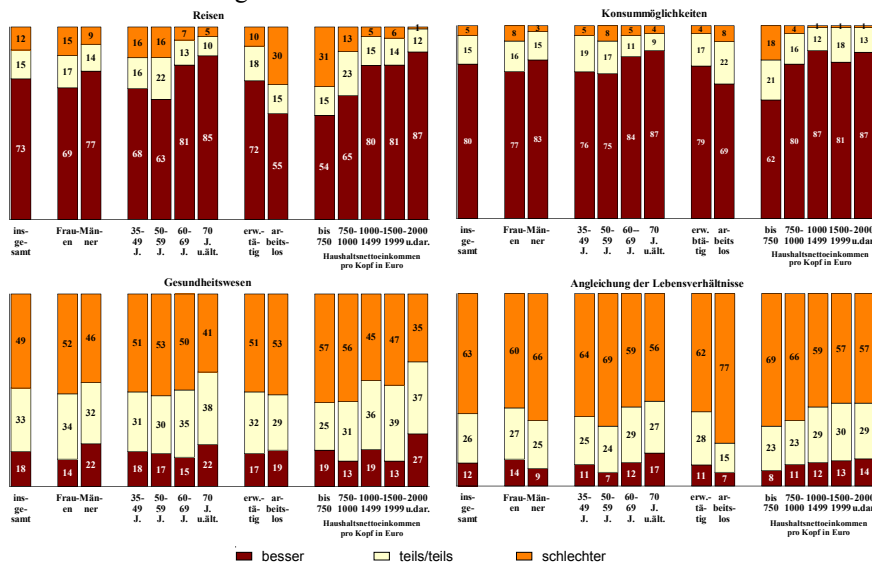
Alles in allem wurde ein Großteil der damaligen Erwartungen (vgl. Abbildung 1.17) in höherem Maße erfüllt als angenommen - insbesondere bei den ab 35-Jährigen. Vor allem in den Bereichen Konsummöglichkeiten geben "viel besser/besser als angenommen" 72 % an, Wohnen 62 %, Reisen 61 % und Freiheit 56 %. Auf der anderen Seite wird die Bewertung "viel schlechter/schlechter als angenommen" vor allem angegeben bei der Angleichung der Lebensverhältnisse (54 %), bei sozialer Gerechtigkeit (51 %), der sozialen Sicherheit (50 %), dem Gesundheitswesen (44 %) sowie der Einkommensentwicklung (41 %) - alles Bereiche, die vom Einzelnen nicht bzw. nur bedingt beeinflussbar sind.

Abbildung 1.17: "Meine Erwartungen in der Wendezeit in Bezug auf mein Leben haben sich in den einzelnen Lebensbereichen ... erfüllt." (ab 35 Jahre) - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = trifft nicht zu/ohne Antwort
 Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Abbildung 1.18: "Meine Erwartungen in der Wendezeit in Bezug auf mein Leben haben sich bezogen auf ... erfüllt." (nur Befragte ab 35 Jahre mit getroffenen Aussagen) - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent - ausgewählte Bereiche -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Detailliertere Analysen widerlegen die Auffassung, dass es seitens der Bürger der neuen Bundesländer keine hinreichende Anerkennung der in den letzten 20 Jahren vollzogenen Veränderungen gäbe und alles nur "negativ"/"nostalgisch" betrachtet würde:

- Es gibt insgesamt - trotz unverkennbarer Differenzierungen - eine hohe Übereinstimmung in den getroffenen Aussagen, das gilt im Besonderen zwischen Frauen und Männern.
- Die Anerkennung des Erreichten ist durchgängig, nur sich differenzierend durch eine höhere positive Bewertung bei Älteren (insbesondere über 70 Jahre, d.h. der Altersgruppe, welche 1989 im Alter zwischen 50 und 65 Jahren war) und Familien mit höherem Pro-Kopf-Einkommen.
- Auch bei "negativ" besetzten Bereichen ist die Differenzierung an Alter und Einkommen gebunden - wenn auch mit einer geringeren Differenzierung.

Die Haltung vieler Bürger der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik wird nicht zuletzt von der bis dato vorherrschenden einseitigen Pauschalzuordnung individuell gelebten Lebens als Leben in einem "Unrechtsstaat" negativ beeinflusst. Die große Mehrheit der Bürger geht nicht davon aus, in einem "Rechtsstaat" gelebt zu haben. Kaum jemand bestreitet Demokratiedefizite und Bevormundung oder Repressalien. Die Mehrheit geht aber auch davon aus, individuell kein "Unrecht" begangen zu haben. Bei aller notwendigen Auseinandersetzung mit geschehenem Unrecht "darf nicht vollends verdeckt werden, dass es in der DDR auch reiches, glückliches, authentisches und aufrechtes Leben gab"⁴⁰.

Die Debatte um den Unrechtsstaat hat 2009 (Wahljahr) eine jähe Wendung erfahren - eingeleitet durch den Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns E. Sellering, der sich gegen eine pauschale Verdammung der DDR als totaler Unrechtsstaat wandte.⁴¹ Fast zeitgleich und unisono stellten auch der Vizepräsident des Bundestages W. Thierse⁴² und der Theologe und DDR-Oppositionelle F. Schorlemmer⁴³ Analoges fest. Das Gemeinsame, Hervorzuhebende ist die Forderung nach ausgewogener Darstellung des Lebens in der DDR, welche weder geschehenes Unrecht in der DDR leugnet noch alles in der DDR Geleistete verdammt. Es geht nicht um Verharmlosung, sondern gegen eine einseitige - und damit falsche - Darstellung des DDR-Staates, welche ihn "auf gleiche Höhe mit dem Unrechtsstaat der deutschen Geschichte" - der Hitler-Diktatur - setzt⁴⁴. Es gab Anpassung ebenso wie den "Einheitsstaat" unter Führung der SED. Die DDR war kein Rechtsstaat im Sinne bundesdeutscher Meinungsführerschaft, aber "das Mitmachen, gar die Überzeugung oder Begeisterung vieler für ihren 'sozialistischen Friedensstaat' kann man dann besser verstehen,

⁴⁰ Schorlemmer, Friedrich: Wohl dem, der Heimat hat, Aufbau Verlag, Berlin 2009, S. 125.

⁴¹ Märkische Oderzeitung vom 23.03.2009.

⁴² DF vom 25.03.2009.

⁴³ ND vom 28.03.2009.

⁴⁴ Schorlemmer, Friedrich: Kein Rechtsstaat. Aber deswegen doch kein Unrechtsstaat, ND vom 28.03.2009, S. 21.

wenn man sich klar macht, dass dieser Staat nach seinem eigenen Selbstverständnis seinen Bürgern dienen, den Frieden sichern, Gerechtigkeit schaffen, für die einfachen Menschen neue Chancen eröffnen, Ausbeutung abschaffen, Arbeit, Wohnung und Bildung garantieren, kulturvolles Leben für alle ermöglichen wollte. Die DDR war ein Sozialstaat, der wenig Freiheit ließ, aber keinen durchs Netz fallen lassen wollte."⁴⁵

Wie politische Prozesse geführt wurden, war politisches Unrecht, das nicht zu verniedlichen oder schön zu reden ist. Aber es gab auch "im Zivilrechtlichen eine Gesetzgebung ..., die sich durchaus in manchem dem BGB angelehnt hatte. Man denke an Arbeits-, Familien- und Jugendschutz, Verkehrs- und Handelsrecht. Die DDR war ein Einheitsstaat unter festgeschriebener Führung der SED..."⁴⁶

Bei den Debatten um den Unrechtsstaat - so interessant sie für Staats- und Rechtswissenschaftler und Talkrunden sein mögen - dürfen jedoch nicht die "Nebenwirkungen" übersehen werden, welche die Debatten auf die Bewertung und Anerkennung des Lebens der Bürger in den Jahren bis 1990 haben.

Durch eine fast alles überlagernde Unrechtsstaatsdebatte werden gegenseitige Vorbehalte "wach" gehalten. "Die gegenseitige Anerkennung der Bürger in Ost- und Westdeutschland ist trotz aller Fortschritte noch immer nicht ausreichend. In Ost und West haben viele Bürger das Gefühl, dass die Menschen des anderen Landesteiles ihre Leistungen nicht genügend anerkennen."⁴⁷

Im Jahresbericht der Bundesregierung "Zum Stand der Deutschen Einheit 2009" wird völlig richtig festgestellt, dass "es noch immer Defizite bei der inneren Einheit gibt", dass es notwendig ist, "Fortschritte bei der gesellschaftlichen und sozialen Einheit zu erzielen. Hierzu zählen gegenseitige Anerkennung, Respekt und Verständnis für unterschiedliche Positionen, Überzeugungen und Lebensleistungen".⁴⁸

Anerkennung haben für die Bürger, die in der DDR lebten, drei Aspekte:

- bezogen auf das Leben in der DDR,
- bezogen auf die historischen Leistungen im Herbst und Frühjahr 1989/1990 und
- bezogen auf die wirtschaftlichen, politischen und damit verbundenen sozialen Entwicklungen seit 1990.

Es ist denen zuzustimmen, die davon ausgehen, dass 1989 "nicht die Menschen gescheitert sind, sondern das System".⁴⁹ Integration heißt, anders gelebtes Leben, mit anderen Wertvorstellungen, anderen sozialen Strukturen, sich unterscheidender kultureller Vielfalt anzuerkennen. Die Untersuchung unterstützt auch die Auffas-

⁴⁵ Schorlemmer, Friedrich: Kein Rechtsstaat. Aber deswegen doch kein Unrechtsstaat, ND vom 28.03.2009, S. 21.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2009, a.a.O., S. 31.

⁴⁸ Ebenda, S. 30.

⁴⁹ Blechinger, Beate (ehemalige Justizministerin Brandenburg) - 8.07.09 in Potsdam.

sung, dass "die Ostdeutschen selbstbewusst sein können, da sie es waren, welche die Mauer zum Einsturz brachten".⁵⁰

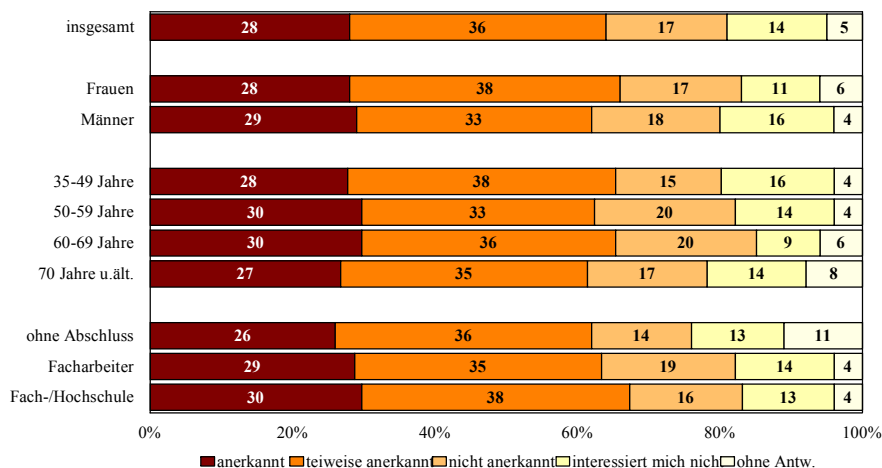
Es seien im Besonderen die enormen Umstellungs- und Anpassungsleistungen hervorgehoben, welche der "angeblich" fehlenden Flexibilität und Mobilität der Ostdeutschen widersprechen:

- 3,4 Millionen Bürger haben seit 1989 die neuen Länder Richtung Westen verlassen - sind der Arbeit hinterher gezogen (insbesondere junge Frauen), 400.000 pendeln täglich/wöchentlich in die alten Länder;
- von den Daheimgebliebenen übten bereits 1999 rd. 42 % eine grundlegend andere Tätigkeit aus;
- 67 % der heute 35- bis 60-Jährigen verfügen über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 34 Monaten.
- Hinzu kommen auch die enormen Anpassungsleistungen z.B. in Bezug auf ein völlig anderes Sozialrecht, andere Bildungswege und zunehmende soziale Unterschiede.

Insgesamt fühlen sich die ab 35-jährigen Bürger der neuen Bundesländer in Bezug auf ihr Leben in der DDR zu rd. einem Viertel (28 %) anerkannt bzw. teilweise anerkannt (36 %). 17 % der genannten Altersgruppe fühlen sich nicht anerkannt und 19 % interessiert es nicht bzw. geben keine Antwort.

Die Grundaussage ist, dass sich rd. zwei Drittel der Bürger nicht bzw. nur teilweise anerkannt fühlen, was heißt: nicht integriert zu sein.

Abbildung 1.19: "Fühlen Sie sich in Bezug auf Ihr Leben in der DDR ...?"
(ab 35 Jahre) - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

⁵⁰ Tiefensee, Wolfgang (ehemaliger Ostbeauftragter der Bundesregierung) - 01.07.2009.

Am meisten anerkannt fühlen sich (insgesamt = 28 %)

- Hoch- und Fachschulabsolventen (30 %),
- Beamte (32 %) und Selbstständige (42 %),
- Bezieher eines individuellen Nettoeinkommens über 2.000 Euro (40 %),
- sich der Mittelschicht Zuordnende (34 %),
- CDU- und SPD-Sympathisanten (35 %).

Nicht anerkannt fühlen sich (insgesamt = 17 %)

- Arbeitslose (30 %),
- Sympathisanten der DIE LINKE (25 %),
- sich der Unterschicht Zuordnende (30 %),
- mithelfende Familienangehörige (25 %).

Dabei ist eine - ebenso wie bei anderen Fragestellungen - relativ hohe Übereinstimmung der getroffenen Aussagen feststellbar. Das gilt für Frauen wie Männer, für Altersgruppen ebenso wie zum Teil für Bildungsabschlüsse (vgl. Abbildung 1.19).

Die Diskussion um das von vielen Medien und zum Teil der Politik vermittelte DDR-Bild hat erwartungsgemäß im 20. Jahr der friedlichen Revolution "Hoch"zeit. Im Zentrum stehen dabei die Auseinandersetzungen um die DDR als Unrechtsstaat oder Staat, in dem Unrecht geschah.⁵¹

Das "offizielle" Bild - zusammengefasst von F. Schorlemmer - lautet: "Wer heute, 60 Jahre später, DDR sagt, dem hat gemeinhin nichts anderes als Mauer, Staatssicherheit und SED-Herrschaft einzufallen. Die (sichtbare) Mauer ist geschreddert, die SED verschwunden, nur die Stasi-Akten sind es nicht. Sie sind fast täglich präsent und werden wie ein schrecklicher Schatz präsentiert."⁵²

Die durchgeführte Erhebung (2009) ergibt, dass die Bürger der neuen Bundesländer die Auffassung haben, dass

- einerseits die Abrechnung mit Stasi-Aktivitäten einzelner Bürger erfolgen sollte (56 %), insbesondere wenn verbrecherische Handlungen vorliegen (74 %);
- aber andererseits nach 20 Jahren endlich Schluss gemacht werden sollte, mit den Stasi-Akten noch Politik zu machen (56 %).

Rund die Hälfte (47 %) unterstützt, dass die Akten spätestens nach 25 Jahren geschlossen werden sollten. Das heißt, das Thema wird nicht verdrängt, aber eine einseitige Darstellung als das "Leben in der DDR" prägend keineswegs unterstützt. Dabei sind es eher die "Älteren", die eine kritische, aber umfassende Bewertung ihres Lebens einfordern (90 % der über 35-Jährigen haben sich dazu geäußert).

Welchen Einfluss eigenes Erleben und übermittelte Kenntnisse und Erfahrungen auf individuelle Wertungen haben, wird vor allem daran deutlich, wenn seitens der Bürger Aussagen dazu getroffen werden, ob in den Medien das Leben in der DDR real dargestellt wird.

⁵¹ Schorlemmer, Friedrich: Deutsch-deutsche Dämonen, in: "der Freitag" vom 29.04.2009.

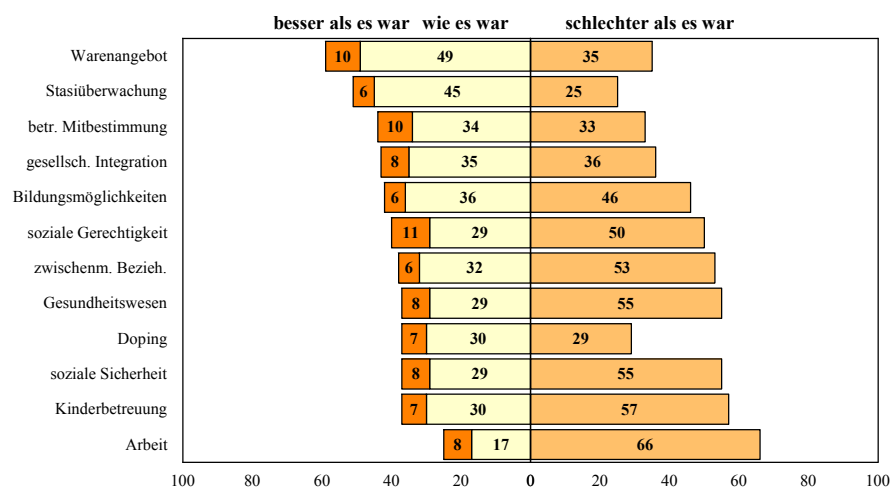
⁵² Ebenda.

Generell ist zunächst hervorzuheben, dass aus Sicht der ab 35-jährigen Bürger kaum/selten eine positive Überzeichnung der Realitäten erfolgt. Nur 6 bis 10 % stellen fest, dass in einzelnen Bereichen die dargestellte DDR-Realität besser als die seinerzeitige Realität ist. Insgesamt gehen jedoch rd. 30 % bis 40 % davon aus, dass die medialen Darstellungen weitgehend mit den Realitäten des Lebens in der DDR übereinstimmen, am ehesten noch bezüglich des Warenangebotes (49 %), der Stasi-Überwachung (45 %) sowie der Bildungsmöglichkeiten (36 %), am wenigsten bezüglich der Arbeitswelt/-moral/-disziplin (17 %).

Insgesamt haben sich zu den einzelnen Bereichen rd. 90 % der Befragten geäußert mit den Ausnahmen Doping (29 % ich weiß nicht) und Stasiüberwachung (19 % ich weiß nicht). Das sind auch die Bereiche, die über fast zwei Jahrzehnte im Zentrum medialer Darstellungen stehen und beim Einzelnen zum Teil sowohl Übersättigung als auch Unsicherheiten aufkommen lassen.

Die getroffenen Feststellungen reflektieren nicht nur die unterschiedlichen Sichten der Bürger, sondern auch Unterschiedlichkeiten medialer Berichterstattung und Orientierungen.

Abbildung 1.20: "Wie wird Ihrer Meinung nach das Leben in der DDR mehrheitlich in den Medien dargestellt?" (ab 35 Jahre)
- neue Bundesländer - 2009 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Betrachtet man einzelne sozio-demografische Gruppen, so sind nachfolgende Differenzierungsaspekte besonders hervorzuheben, dass die von den unter 35-Jährigen und den ab 35-Jährigen getroffenen Aussagen deutlich machen, wie durch mediale Darstellungen Wertungen beeinflusst werden. Bei fast allen Positionen gibt es sich deutlich unterscheidende positivere Auffassungen zwischen den "Jüngeren",

welchen eigene Erfahrungen fehlen, und den Älteren. Noch extremer gehen die Auffassungen der unter 25-Jährigen im Vergleich zu den anderen Altersgruppen auseinander. Mit steigendem Bildungsgrad wird eher einer Darstellung, die "negativer als die Realität" war, zugestimmt.

Insgesamt lässt sich feststellen: Es ist ein Erfolg der Bürger der neuen Bundesländer, nicht nur die friedliche Revolution bewirkt und damit die notwendige Bedingung für die deutsche Einheit geschaffen, sondern seitdem auch enorme Anpassungs- und Umstellungsprozesse bewältigt zu haben. Die Bürger anerkennen die inzwischen erreichten Ergebnisse hinsichtlich verbesserter Waren- und Dienstleistungsangebote, veränderter Wohnverhältnisse und -bedingungen, bei der Gestaltung freiheitlich-demokratischer Verhältnisse sowie neuer Freiheiten in Bezug auf Reisen und einer interessengeleiteten Vereins- und Verbandsvielfalt.

Aber Akzeptanz und Anerkennung erreichter Erfolge dürfen nicht ausschließen, sich kritisch zu verhalten, Missstände zu benennen, Rückstände anzuprangern, um sie zu überwinden. Die 1989 vorhandenen Vorstellungen zur weiteren Entwicklung wurden in vielen Bereichen erreicht, teilweise überboten, aber in Bereichen, welche das Leben unmittelbar berühren, wie Arbeit, Einkommen, soziale Sicherheit im Alter - um einige hervorzuheben - blieben sie hinter den Erwartungen zurück.

Dabei geht es den Bürgern keineswegs nur um "mehr Leistungen", sondern um mehr soziale Chancengleichheit und gleichberechtigten Zugang in eingangs genannten Bereichen. Es ist trotz der hohen Erwartungen an den Staat keine "Vollkasko-Mentalität", sondern auch der Anspruch an eine Verbreiterung der solidarischen Grundlagen der sozialen Sicherungssysteme.

Vielen Menschen in den neuen Bundesländern fehlt immer mehr der Glaube an das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht nur bezogen auf Einkommens- und Vermögensentwicklungen, sondern auch auf Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt, beim Zugang zu Kultur und gesundheitlicher Vorsorge und Betreuung sowie beim bürgerschaftlichen Engagement und bei der Mitbestimmung (vgl. Nachbemerkungen und Tabelle).

1.5 Hoffnungen und Befürchtungen - 1990 bis 2009

1.5.1 Hoffnungen-Befürchtungen - zwischen Euphorie und Sozialreformen

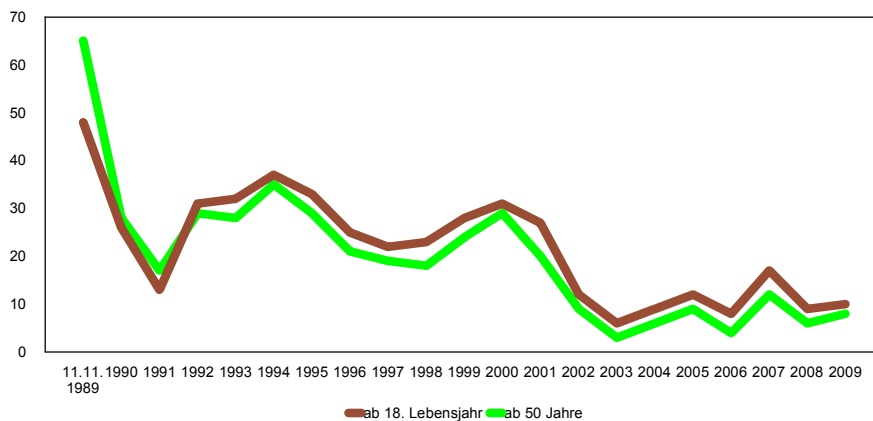
Von und mit Hoffnungen zu leben gehört zu den menschlichsten Eigenschaften. In Kriegen zu überleben, bei Krankheiten zu gesunden, mit weniger Schmerzen leben zu können, in schlechten Zeiten auf bessere zu hoffen, bei familiären Zwistigkeiten Lösungen zu erwarten, all das hat jeder Bürger im Verlaufe des Lebens zig-mal erlebt bzw. erlebt es noch. Hoffen auf die Zukunft ist der Glaube an ein besseres Leben im "irdischen Diesseits".

Die Möglichkeiten, mittels eigener Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten eine bessere Lebensqualität erreichen bzw. den erreichten Standard halten zu können, werden in nicht unbedeutendem Maße von den Rahmenbedingungen, welche die Gesellschaft, in der der Einzelne lebt, bestimmt. Der eigene Einfluss kann weitgehend nur vorhandene Spielräume nutzen. Die Zukunft eines Arbeitslosen auf Arbeit in einer Gesellschaft, in der auf 100 Arbeitsuchende nur 10 Arbeitsplätze kommen, ist nicht allein von seinem Willen abhängig. Die Möglichkeiten eines Rentners, sein Alterseinkommen erhöhen zu können, ohne die Möglichkeit individueller Vorsorge gehabt zu haben, sind begrenzt. Eine Vielzahl individuell und gesellschaftlich vorhersehbarer oder vorgegebener Probleme - "großer" wie "kleiner" - beeinflussen Hoffnungen und Befürchtungen des Einzelnen auf die Zukunft. Wenn die "Zukunft" einer Gesellschaft jedoch nur in der Zukunft des kleineren Teils der Gesellschaft besteht - der man selbst nicht angehört -, schwinden Hoffnungen.

Wie das Leben des einzelnen Bürgers in der DDR bis 1990 auch verlaufen sein mag, die ökonomischen und politischen Verhältnisse stießen auf zunehmende - wenn auch nicht öffentlich artikulierte - Kritik. Es war bei der Mehrheit nicht das ohnehin bekannte "Stasi"problem, sondern der alltägliche Lebensvollzug, der die Menschen auf die Straße trieb, und wenn man feststellt, dass in keinem Jahr nach 1945 - in dem die Vorstellungen auf Frieden und "nie wieder Krieg" alles dominierten - die Hoffnungen und Erwartungen an ein menschenwürdiges, den Wohlstand aller verbesserndes Leben im heutigen Gebiet der neuen Bundesländer so groß waren wie in den Jahren 1989/90. Der mehrheitlich gewünschte gesellschaftliche Umbruch führte zu Hoffnungen auf nicht nur veränderte, sondern verbesserte Lebensverhältnisse und zunächst weniger zu Befürchtungen über die weitere Entwicklung. Dabei ging es den Bürgern keineswegs nur um den Zugang zur DM, sondern um Erwartungen, die über materiellen Wohlstand hinaus auch Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Freiheit gewährleisten sollten (vgl. Abbildung 1.21).

Als zum Jahreswechsel 1989/90 am Brandenburger Tor und in ganz Deutschland die erreichten Ergebnisse der friedlichen Revolution in der DDR und die sich abzeichnenden Schritte zur deutschen Vereinigung gefeiert wurden, waren es überwiegend Hoffnungen auf eine andere Zukunft, welche die 16,4 Millionen Bürger der DDR damit verbanden.

Abbildung 1.21: In Bezug auf die weitere Entwicklung haben **vor allem Hoffnungen** - neue Bundesländer - 1989 bis 2009 - in Prozent -



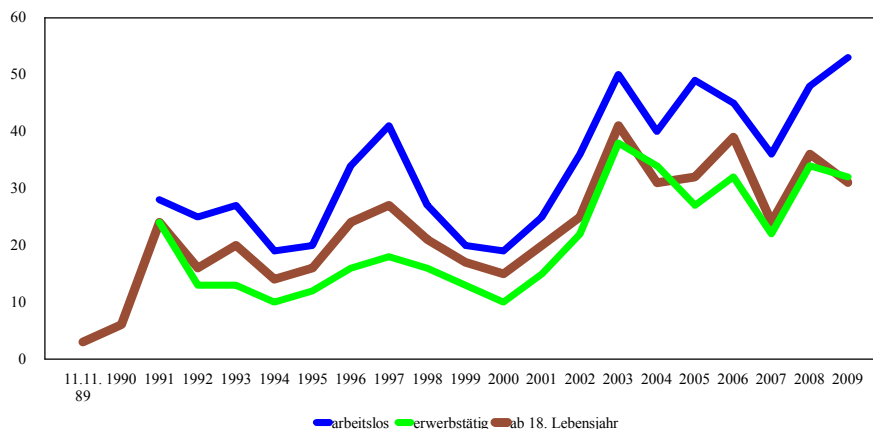
Datenbasis: sfz/leben 1989-2009 (gew.)

Die Jahre seit 1990 unterliegen in den neuen Bundesländern einem Wechselspiel von rasch sinkenden Hoffnungen zwischen 1989 und 1991, von 1991 bis 1994 sowie 1997 bis 2000 und zunehmenden Befürchtungen (1990/91, 1994 bis 1997, 2000 bis 2003, 2007 bis 2008).

Insbesondere unter den ab 50-jährigen Bürgern (vgl. Abbildung 1.21) waren die Hoffnungen immer geringer als bei der erwachsenen Bevölkerung insgesamt. Nicht zuletzt aufgrund der spezifischen Arbeitsmarktsituation der "Vorrentner" ist das Jahr 2003 mit seinen angekündigten und realisierten Einschnitten in den Lebensstandard und den damit verbundenen Verunsicherungen von gravierendem Einfluss auf die Zunahme von Befürchtungen, die zwar inzwischen wieder relativiert wurden, aber immer noch dem allgemeinen Trend folgen.

Die Abbildung verdeutlicht die steigenden positiven Zukunftserwartungen, die im Umfeld der Wahlen 1994 bzw. 1998 seitens der Bürger aufkamen - Wahlversprechen Glaubens schenkend (insbesondere 1998/99). Von den "blühenden Landschaften", über die Rentenangleichung bis zum Jahr 1995 sowie ständigen "Halbierungs"-versprechungen zur Arbeitslosigkeit reicht die Palette Hoffnungen erweckender Äußerungen führender Politiker. Seit Beginn des neuen Jahrtausends wurden Hoffnungen auf Verbesserungen zunächst nur mit äußerster Vorsicht gemacht und auf weite Horizonte verschoben. Seit 2003 werden die Auf- und Abschwünge kürzer. Ehe der seit 2007 verkündete Aufschwung die Massen erreichte, fiel die Wirtschaft in die Finanzkrise und Milliarden, die bis zu diesem Zeitpunkt für die Verbesserung der Lebenslagen nicht zur Verfügung standen, mussten dem Finanzkapital geopfert werden.

Abbildung 1.22: In Bezug auf die weitere Entwicklung haben **vor allem Befürchtungen** - neue Bundesländer - 1989 bis 2009*
- in Prozent -



* Daten für Erwerbstätige und Arbeitslose stehen erst ab 1991 zur Verfügung
Datenbasis: sfz/leben 1989-2009 (gew.)

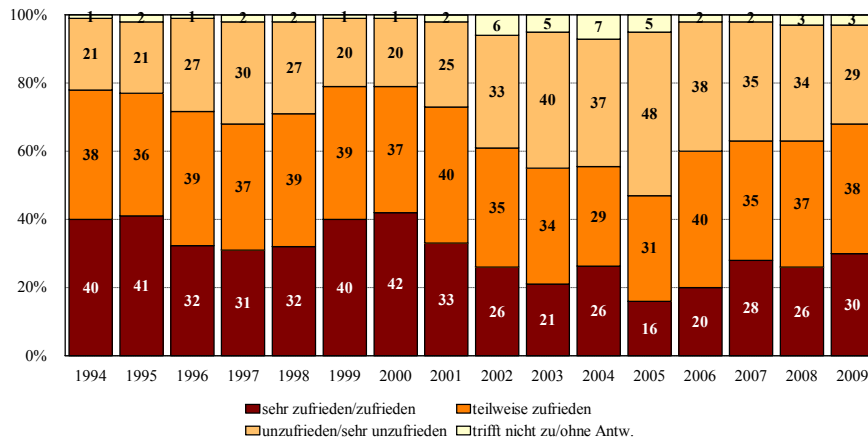
Die zunehmenden Befürchtungen - insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Entgeltung von Zeiten der Arbeitslosigkeit - gegen Ende der Kohl-Ära, ihr Sinken nach 1998 (Schröder-Bonus) mit deutlichem Anstieg durch die Reformpakete und ihre schrittweise Realisierung, einem kurzzeitigen Sinken mit der großen Koalition und dem verkündeten Aufschwung - all das belegt die Wirkung von realisierter und verkündeter Politik auf Hoffnungen/Befürchtungen, d.h. das Zukunfts"klima".

Kennzeichnend für die Qualität einer Gesellschaft sind neben der realen Situation vor allem die Zukunftsaussichten, d.h. die Vorstellungen des Einzelnen über seine Entwicklung und die absehbaren Realisierungschancen. Insofern reflektieren sich vorhandene soziale Differenzierungen auch in der Zufriedenheit mit den Zukunftsaussichten für den Einzelnen.

Im Jahre 2009 waren 30 % der ab 18-jährigen Bürger der neuen Bundesländer mit ihren Zukunftsaussichten zufrieden, 38 % teilweise zufrieden und 29 % unzufrieden, d.h. es gibt - grob betrachtet - eine Drittelung der Bewertung. Nur jeder dritte Ostdeutsche ist mit seinen Zukunftsaussichten zufrieden, jeweils drei von zehn Ostdeutschen sind unzufrieden (3 % trifft nicht zu/ohne Antwort) (vgl. Abbildung 1.23).

Wenn mit höherem Lebensalter der Anteil derer, die mit ihren Zukunftsaussichten zufrieden sind, steigt, so ist das Widerspiegelung des erreichten sozialen Status (frei von Arbeitsmarktproblemen) und in den hohen Altersgruppen mit einem doch unverkennbaren höheren "Alterseinkommen" als bei "Neurentnern" aus den nachrückenden Generationen.

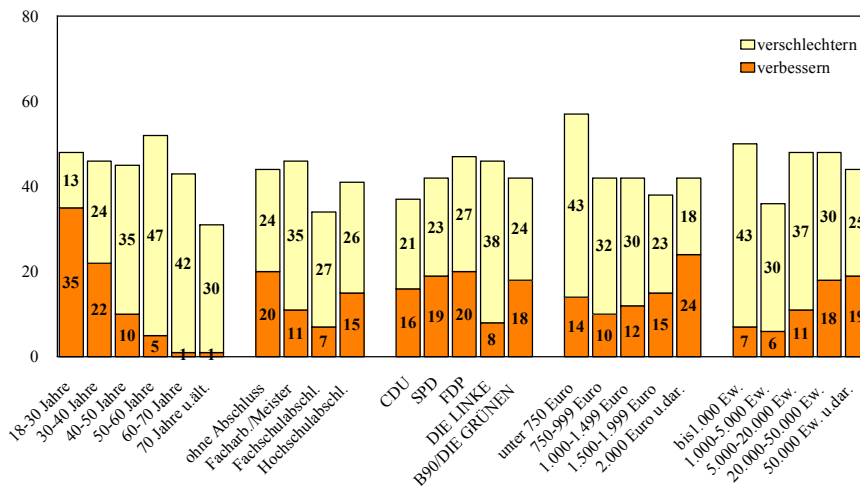
Abbildung 1.23: "Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Zukunftsaussichten?"
- neue Bundesländer - 1994 bis 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1994-2009 (gew.)

Dabei wird auch hierbei deutlich (vgl. auch Abbildung 1.21), wie mit jeweiligem Regierungswechsel die Hoffnungen auf eine verbesserte Zukunft steigen, um im Verlaufe der Regierungszeit auf ein noch niedrigeres Tief abzurutschen.

Abbildung 1.24: "Wie wird sich Ihr Leben ganz allgemein in den nächsten fünf Jahren verändern?" - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent -
(nur Antworten: "verbessern" und "verschlechtern")



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Befragt auf künftige Verbesserungen bzw. Verschlechterungen ihres Lebens insgesamt gehen (2009) rd. 13 % von Verbesserungen, 31 % von Verschlechterungen und 36 % von keinen Veränderungen aus. Hervorzuheben ist hierbei, dass 19 % der Befragten angeben, es nicht zu wissen (1 % ohne Antwort).

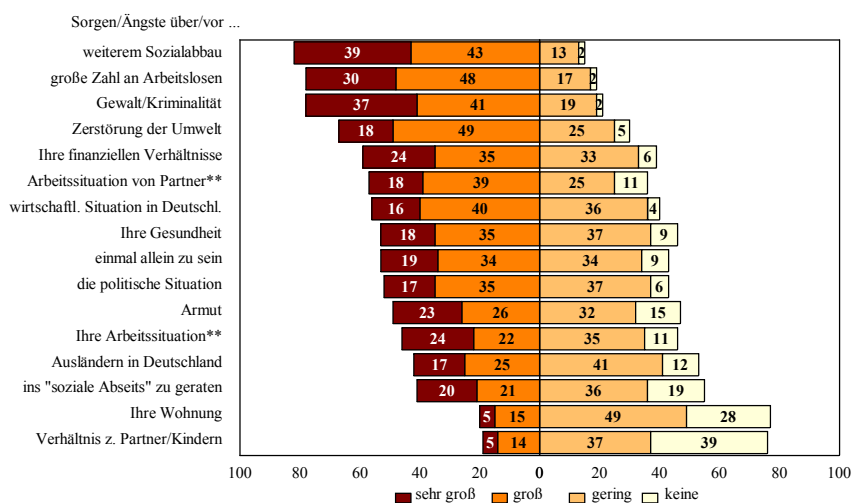
Es ist natürlich, dass vor allem Jüngere eher von künftigen "Verbesserungen" auf die Zukunft ausgehen, ebenso wie die "Besserverdienenden" sich in der Regel in einer sozialen Situation befinden, die weniger "Risiken" birgt. Die Altersabhängigkeit ist dominierend für die Gesamtaussagen.

1.5.2 Sorgen - Ängste sowie Erwartungen an Verbesserungen/ Verschlechterungen

Es ist offensichtlich, dass die Gesamtheit der zum Teil gravierenden Einschnitte in den Lebensverhältnissen in den Jahren seit 2001, die nach wie vor existenten wirtschaftlichen Probleme bei immer noch bzw. erneut steigender hoher Arbeitslosigkeit ebenso wie die vor allem eine breite Öffentlichkeit bewegenden Wirkungen der Sozialreformen alle Bürger in ihren Zukunftserwartungen unmittelbar beeinflussen.

Über die allgemeinen Hoffnungen und Erwartungen an die weitere Entwicklung hinaus gibt es eine breite Palette von speziellen Sorgen, Ängsten und Befürchtungen der Bürger - abhängig vom Alter sowie der sozialen Lage des Einzelnen bzw. seiner Familie. Nach wie vor stehen (2007) neben Gewalt und Kriminalität die Arbeitsmarktsituation und die Wirkungen des Sozialabbaus im Zentrum der sozialen Ängste.

Abbildung 1.25: "Sind gegenwärtig Ihre Sorgen, Ängste ...?"
- neue Bundesländer - 2007 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 % = ohne Antwort

** 18 bis 60 Jahre

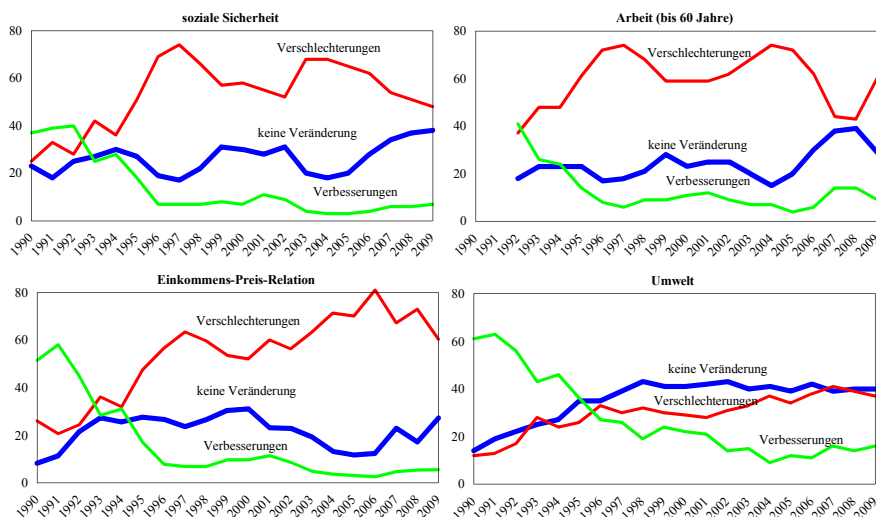
Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

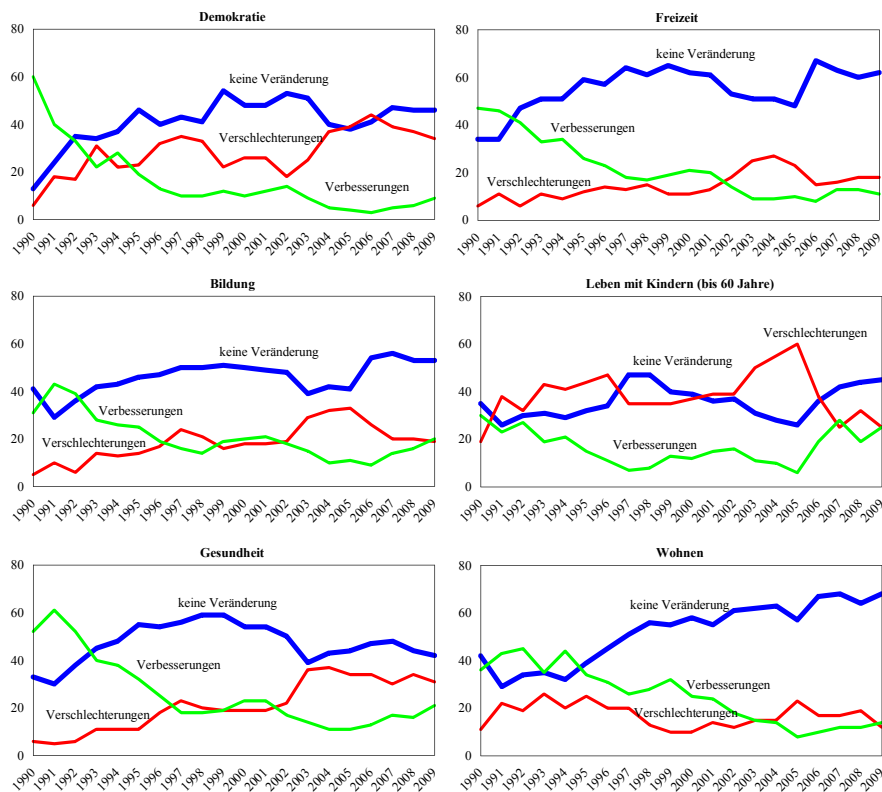
Der sich seit 2002 forciert vollziehende Sozialabbau wird von fast 90 % der Befragten individuell als besorgniserregend bzw. Ängste und Befürchtungen auslösend empfunden. Das gilt für Männer wie Frauen weitgehend übereinstimmend. Die Diskussionen um den Arbeitsmarkt zeigen hier ebenso deutliche Wirkungen wie sinkende Renteneinkommen und "Reformen" im Gesundheitswesen oder in der Pflegeversicherung (vgl. Abbildung 1.25).

Bei den Aussagen der Bürger - über die Jahre verglichen - wird sichtbar, dass die in den 90er Jahren anzutreffenden hohen Ängste vor Arbeitslosigkeit und ihren Wirkungen in allen Bereichen der Gesellschaft inzwischen von den Befürchtungen vor dem steten Sozialabbau in allen Facetten und Lebensbereichen übertroffen werden. Im Vergleich über die Jahre ist zugleich hervorzuheben, dass 2007 die allgemeine politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland den Bürgern weniger Sorgen und Ängste bereitete als in den Vorjahren, ohne Zweifel Reflexion der breit angelegten medialen "Aufschwung-Verkündungen". Diese positive Situationsbewertung reflektiert sich jedoch weniger in solchen Bereichen wie Sozialabbau oder Arbeitsmarktsituation. Charakteristisch für differenzierende Bewertungen ist, dass soziale Entwicklungen, welche in den vergangenen Jahren zu hohen Verunsicherungen geführt haben, nach wie vor als beängstigender empfunden werden als damit verbundene individuelle Wirkungen (z.B. persönliche finanzielle Verhältnisse, Armut). Bereiche wie das Wohnen mit hohem individuellen Einfluss und Entscheidungsspielraum werden im Vergleich dazu als weniger bedrohlich bewertet. Es ist jedoch auch feststellbar, dass die mit dem Sozialabbau verbundenen Ängste weniger die jüngeren Jahrgänge berühren, sondern vor allem die ab 50-Jährigen.

Die Erwartungen an die weitere Entwicklung zwischen den einzelnen Lebensbereichen sind sehr differenziert. Verallgemeinert man Entwicklungstendenzen an er-

Abbildung 1.26: Erwartungen an Verbesserungen und Verschlechterungen
- neue Bundesländer - 1990 bis 2009 - in Prozent -





Datenbasis: sfz/leben 1990-2009 (gew.)

wartete Verbesserungen und Verschlechterungen seit 1994, so ist feststellbar (vgl. Abbildungen 1.26):

- Charakteristisch ist eine generell geringe Annahme auf künftige Verbesserungen - wenn auch mit zum Teil unterschiedlichen Trends, welche
 - Ausdruck bereits erreichter Verbesserungen seit 1990 sind und demzufolge kaum noch Verbesserungen erwartet werden (Wohnen), aber auch hier steigen tendenziell die Annahmen auf Verschlechterungen - offensichtlich steigenden Preisen für Energie/Heizung und wohnortabhängigen kommunalen Abgaben geschuldet;
 - mehrheitlich Reflexion der Reformpolitik und der geringen Aussichten auf "Kursänderungen" in einer Vielzahl der Bereiche (soziale Sicherheit, Einkommens-Preis-Entwicklung, Demokratie, soziale Gerechtigkeit) sind;
 - steigende Erwartungen an Verbesserungen in jenen Bereichen sehen, in denen die Politik reale Verbesserungen erzielte (Leben mit Kindern als Ursula-von-der-Leyen-Effekt) bzw. einen zeitweiligen Effekt bewirkte (Arbeitsmarktentwicklung 06/07 und damit verbesserte Chancen auch für Frauen??).

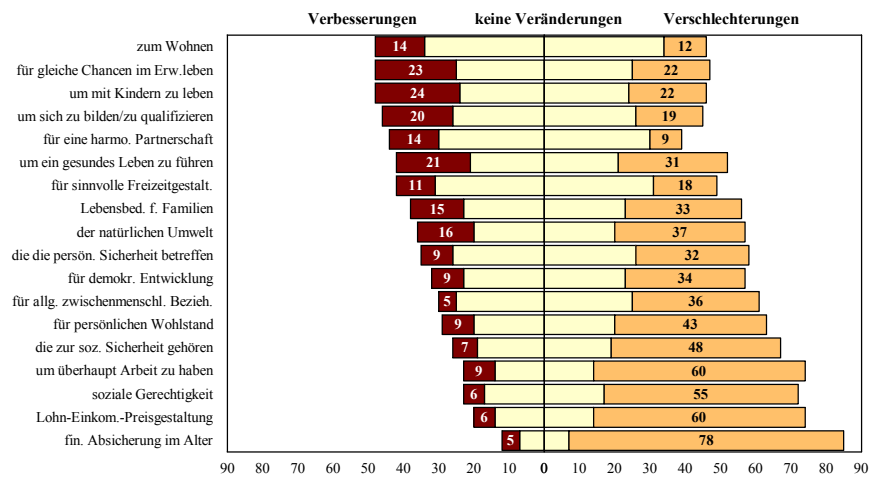
- Die Reformpolitik wirkt (als realisierte Maßnahmen bzw. als Diskussionsgegenstand) direkt auf die Erwartungen.
 - So folgen die angenommenen Erwartungen im Bereich Arbeit weitgehend der Arbeitsmarktentwicklung (bzw. der über die Medien verbreiteten Entwicklung).
 - Auch die Realitäten der Stagnation in der Einkommensangleichung, der Lohnzurückhaltung und Preisentwicklung zu Beginn des neuen Jahrhunderts haben die Erwartungen an Verschlechterungen in der Einkommens-Preis-Entwicklung deutlich "stabilisiert".
 - Die Gesundheitsreform erhöhte insbesondere ab 2002 auch die Annahme auf zunehmende Verschlechterungen in diesem Bereich.
- Bereiche, in denen hohe Erwartungen auf Verbesserungen unmittelbar nach 1990 (Umwelt, Demokratie, Arbeit, Einkommen, Soziale Sicherheit) inzwischen in erwartete Verschlechterungen umschlugen (z.B. in der Umwelt offensichtlich trotz erreichter Veränderungen nach 1990 durch die in den letzten Jahren geführten Diskussionen um die Klimaverschlechterung).
- Am stabilsten sind die Meinungen im Bereich Partnerschaften - mehrheitlich wird von keinen Veränderungen ausgegangen. Offensichtlich ist, dass - da keine/kaum außerfamiliäre/-partnerschaftliche Einflüsse wirksam werden - nur bei (im Prinzip gleich bleibenden Anzahl von Bürgern) Wenigen Verbesserungen bzw. Verschlechterungen angenommen werden.

Auch die Daten des Jahres 2009 belegen, dass die Hoffnungen auf Verbesserungen insgesamt gering ausgeprägt sind. In den Bereichen mit starken individuellen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten wie Wohnen, Freizeit, Bildung erwartet die Mehrheit keine Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingungen dafür.

Vor allem für Bereiche, die stärker den politischen Gestaltungsprozessen unterliegen, ist die Annahme von - weiteren - Verschlechterungen charakteristisch. Das betrifft insbesondere die soziale Absicherung im Alter (78 %), die Lohn-Einkommens-Preisgestaltung (60 %), die Möglichkeit, Arbeit zu haben (60 %), soziale Gerechtigkeit (55 %), soziale Sicherheit (48 %) sowie persönlichen Wohlstand (43 %) (vgl. Abbildung 1.27).

Die Realitäten des täglichen Lebens lassen offensichtlich die Bürger aller Altersgruppen der neuen Bundesländer die Erfahrungen sammeln, dass die Marktwirtschaft ihren eigenen Gesetzen folgt, dass auch in der Marktwirtschaft das "Soziale" nichts ein für alle Mal Gegebenes ist, sondern stets neu eingefordert werden muss.

Abbildung 1.27: "Erwarten Sie in Bezug auf die Bedingungen ...?"
- neue Bundesländer - 2009 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort
Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)